



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr.1/2010



Speziallager Buchenwald

Volkskammerwahl 1990

Lärm aus der Provinz: „DDR-Unrechtsstaat?“

Aktuell

- 3 Gegen Bedürftigkeitsprüfung
Erinnerungstafel in Köpenick
Neue Dauerausstellung
Kommentare
- 4 Beim Bundespräsidenten
Erste Einblicke in der Leistikowstraße
Neuer Geschäftsführer
Dokumentiert

Recht

- 5 Vorsicht bei höheren Belastungsgrenzen
Beratungsangebote für Niedersachsen

Thema

- 6 Entlassen aus dem Speziallager Buchenwald

Geschichte

- 9 Volkskammerwahl 1990

Special

- 10 Zwangsaussiedlung in der DDR, Teil II

Berichte

- 12 Diskussionen um den „Unrechtsstaat“
- 13 Symposium zur Aufarbeitung in Osteuropa
- 14 Mahnwache
- 15 Öffentliche Ehrung
Widerstand nicht umsonst
Nachwuchsarbeit der UOKG
Protest vor Brandenburger Landtag

Zeitzeugen

- 16 Die Vergessenen

Verbände

- 17 Gedenken in Bautzen
Bautzen-Treffen 2010
Netzwerk in Niedersachsen
- 18 Veranstaltung in Sachsenhausen
VOS-Umzug
„Solange ich mich regen kann...“
Begegnungstag in Buchenwald
- 19 Glückwunsch für Hartwig Bernitt
Suchanzeige

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Ausstellungsgebäude Sowjetisches Speziallager Nr. 2 Buchenwald. Im Hintergrund die ehemalige Effekten-, Kleider- und Gerätekammer des KZ Buchenwald. Die Gedenkstätte Buchenwald repräsentiert einen „Ort mit doppelter Vergangenheit“ – bis 1945 KZ, anschließend sowjetisches Speziallager. 99427 Weimar-Buchenwald, Telefon (036 43) 43 00, Fax (036 43) 43 01 00, E-Mail: buchenwald@buchenwald.de, Öffnungszeiten der ständigen Ausstellungen: April-Oktober 10-18 Uhr, November-März 10-16 Uhr, montags geschlossen.

Foto: Peter Hansen/Sammlung Gedenkstätte Buchenwald

Hund und Schwanz

Zum Umgang mit der Linkspartei

Von Rainer Wagner

Was ist der Unterschied zwischen der DDR und dem Brandenburger Landtag? In der DDR war nur jeder Hundertste bei der Stasi!“ – Während dieser Witz gerade die Runde macht, erklärt Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck die Kritiker an seiner Koalition zu „Revolutionswächtern“, und die designierte Vorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, hält ehemalige Stasi-Mitarbeiter tauglich fürs Ministeramt. Taumelt Deutschland in den Wahnsinn? Nein, es bekommt nur eine Rechnung präsentiert. Die Rechnung dafür, daß 20 Jahre lang in Ost und West der Focus öffentlicher Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die Stasi gerichtet war, wenn es um das DDR-Regime ging. Der Auftraggeber dieses Geheimdienstes, die SED, konnte sich über all die Jahre im geeinten Deutschland umbenennen, konsolidieren, hoffähig machen und auf den Weg in Parlamente und Regierungen begeben. Dort ist die Partei nun angekommen, und die Stasi-Verstrickungen vieler ihrer Mitglieder sind lediglich eine natürliche Begleiterscheinung.

Auf dieser Erkenntnis basierte auch die Stellungnahme der UOKG bei der Anhörung zur Änderung des Abgeordnetengesetzes im Brandenburger Landtag Anfang des Jahres. Wir haben uns dafür ausgesprochen, neben der Aufdeckung von Stasi-Mitarbeit auch jene Abgeordneten zu enttarnen, die in moralisch nicht zu vertretender Weise den Unrechtsstaat DDR gestützt und sich bisher nicht deutlich von ihren Taten distanziert haben. Denn auch die SED- und Staatsfunktionäre ohne geheimdienstliche Verpflichtungserklärung konnten Existenzen zerstören und Menschen physisch und psychisch zugrunde richten. Einige Nomenklatur-Kader waren der Stasi gegenüber sogar weisungsberechtigt.

Dabei richtet sich das Augenmerk zwangsläufig besonders auf die Abgeordneten der Linkspartei, denn diese steht eindeutig in der Tradition der SED. Der größte Teil ihrer Mitglieder in den neu-

en Bundesländern zählt zum alten Kern der früheren Staatspartei. Daran ändern auch Umbenennungen nichts. Wenn es um rechtliche Ansprüche aus DDR-Zeiten geht, legt die Linke ja selbst Wert darauf, als Rechtsnachfolgerin der SED anerkannt zu werden. Sie hat sich bis heute nie klar von ihrer staatsterroristischen Vergangenheit distanziert und kann deshalb nicht glaubhaft für Demokratie eintreten.

Wenn die Linkspartei und deren Sympathisanten (z.B. gewisse Kreise in der Evangelischen Kirche) von den Opfern Versöhnung einfordern, treibt man ein ähnlich makabres Spiel wie zu DDR-Zeiten. Damals wurden die SED- und Stasi-Gegner als Feinde des Friedens hingestellt und angegriffen. Heute wird ihnen Feindseligkeit gegenüber der inneren Versöhnung unseres Volkes vorgeworfen. Damit drängt man die Opfer erneut in die Rolle der Friedensfeinde und fordert von ihnen, ganz im alten Stil, eine Rechtfertigung ihrer angeblich verhärteten Haltung.

Versöhnung ohne Eingeständnis und tätige Reue aber ist mit uns nicht zu machen. Diese Reue schließt jede Relativierung der SED- und Stasi-Verbrechen durch Verweis auf damalige Zeiten, den Ost-West-Konflikt, den Kalten Krieg aus. Die Verstrickung von Mitgliedern der Blockparteien, die ja nichts als SED-Vasallen waren, sind ebensowenig ein Argument, wie die ewige Behauptung der Linken, sie sei eine „neue Partei“. Schon das ist ein Zeichen, daß sie sich weder zur eigenen Geschichte noch zur eigenen Schuld bekennt. Solange dies nicht geschieht, werden die Widerständler und Opfer des SED-Regimes sie auch nicht als demokratiefähigen Gesprächspartner anerkennen können – mit allen Konsequenzen.

Die pompöse Bezeichnung „Schild und Schwert der Partei“ hat das MfS sich einst selbst gegeben. Doch man kann es auch nüchterner sagen: Die SED war der Hund und die Stasi der Schwanz dazu.

Gegen Bedürftigkeitsprüfung

(TA) Wie die Thüringer Allgemeine meldete, will sich die Thüringer Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, daß die Bedürftigkeitsprüfung bei der Opferrente entfällt. Das habe Staatskanzleiminister Jürgen Schöning angekündigt. Der für Bundes- und Europaangelegenheiten

zuständige parteilose Schöning betonte, er wolle, daß der Freistaat im Bundesrat „eine unabhängige Position entwickelt“.

Es sei nicht gesagt, daß das Land wegen seiner Regierung aus CDU und SPD lediglich mit Enthaltung stimmen werde. ■

gentümer bis heute die Zustimmung zum Anbringen einer Tafel.

Stefan Förster

Neue Dauerausstellung eröffnet

(ba) Am 20. Januar wurde in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 die neue Ausstellung „Demokratie – Jetzt oder nie!“ eröffnet. Sie dokumentiert die Stationen der friedlichen Revolution in Potsdam 1989/90 und die Entwicklung des Gebäudes von einem Haus des Terrors zu einem Haus der Demokratie. Damit erweitert sich der Besucherrundgang durch die Gedenkstätte, der bisher nur durch den Zellentrakt des einstigen Gefängnisses für politische Häftlinge führte. Die Ausstellung ist eine thematische und chronologische Fortsetzung der bisherigen Geschichtsdokumentation und dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen in der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, Lindenstraße 54, 14467 Potsdam. ■

Erinnerungstafel in Köpenick

Nach langjährigen Bemühungen konnte Ende letzten Jahres am Gebäude der ehemaligen SED-Kreisleitung im Berliner Bezirk Köpenick in der Gutenberstraße 33 eine Erinnerungstafel angebracht werden. Sie trägt den Text: „In diesem Gebäude befand sich bis 1989 die Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Unter der Diktatur dieser Partei wurden die Bürger in ihren demokratischen Grundrechten beschränkt. Zahlreiche Andersdenkende

hatten darunter zu leiden und zählten zu den Opfern der SED.“

Heute befindet sich in dem Gebäude eine AOK-Geschäftsstelle. Die Krankenkasse hatte sich aus Angst vor Stigmatisierung oder aber aus Rücksicht auf DDR-unkritische Mitglieder lange gegen die Anbringung der Tafel gewehrt, schließlich aber doch zugestimmt. Bei der ehemaligen Treptower SED-Kreisleitung im Rodelbergweg verweigert der private Hausei-

Kommentare

Brandenburgs schweres Erbe

Nun hat 20 Jahre nach der unvollendeten friedlich-demokratischen Revolution auch das Land Brandenburg endlich eine Beauftragte für die Stasi-Unterlagen. Seit über zehn Jahren hatte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG gemeinsam mit vielen anderen gesellschaftlichen Kräften, denen es mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur ernst ist, immer wieder ein solches Amt gefordert. Nun wurde Ulrike Poppe, die selbst vom MfS inhaftiert worden war, von allen fünf Fraktionen des Landtages gewählt. 1953 in Rostock geboren, studierte sie Kunsterziehung und Geschichte, war 1982 Gründungsmitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden“ und kam 1983 in Haft. Neben vielen anderen Aktivitäten sind ihre Mitarbeit in der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ sowie ihre Teilnahme am Zentralen Runden Tisch hervorzuheben. Ab 1992 hat sie als Studienleiterin der Evangelischen Akademie Berlin zahlreiche Tagungen zum SBZ/DDR-Regime durchgeführt. Sie ist eine sehr engagierte Frau, der man zutrauen darf, daß sie sich auch auf dem schwierigen Brandenburger Terrain behaupten wird.

Mit Sicherheit hat sie die solidarische Unterstützung der ehemaligen politischen Häftlinge und der UOKG. Von ganzem Herzen ist ihr Erfolg in diesem schweren Amt zu wünschen.

Anton Odenthal

Links, linker – link

Oscar Lafontaine hat sein Amt als Vorsitzender der Linkspartei und sein Bundestagsmandat aufgegeben – aus gesundheitlichen Gründen. Das erfordert Mitgefühl. Dennoch, für die Mehrheit der Deutschen, besonders für die Opfer des SED-Regimes, war „Oscar“ kein Sympa-

thieträger. Dabei war er ein charismatischer Redner, man kann auch Demagoge sagen, und ein Verbreiter populistischer Thesen. Die Abneigung hatte ihren Grund in der offenen Anbiederung an das DDR-Unrechtssystem und an Honecker persönlich. Noch in den 80er Jahren lud Lafontaine das für Sicherheit (und Schießbefehl) verantwortliche Mitglied des SED-Politbüros, Egon Krenz, und den damaligen „Verteidigungs-“minister der DDR Keßler zu Beratungen über Sicherheitsfragen nach Saarbrücken ein und war empört, daß der bundesdeutsche Verteidigungsminister Stoltenberg nicht daran teilnahm. Lafontaine forderte den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses.

Bei der Vorbereitung der Wiedervereinigung betätigte er sich als „Mahner“: Er mahnte zu langsamerer Gangart und erweckte den Eindruck, als hätte er liebend gern ein bißchen Sozialismus in die Bundesrepublik hinübergerettet. Als Vorsitzender der Linkspartei ermöglichte er später den SED-Nachfolgern den Einzug in einige westdeutsche Landtage.

Er hinterläßt eine Partei, die sich heute zusammensetzt aus ehemaligen MfS-Mitarbeitern, SED-Nomenklaturkadern, Kommunisten, Marxisten-Leninisten, linken Gewerkschaftern und Unzufriedenen, die bisher die demokratische Ordnung der Bundesrepublik bekämpft haben und auch noch stolz darauf sind. Nach Lafontaines Weggang brechen die Grabenkämpfe zwischen Ost und West offen aus, derweil andere Morgenluft wittern. In der SPD verstärken sich die linken Kräfte um Andrea Nahles, und Sahra Wagenknecht von der kommunistischen Plattform, die gerade am Gedenktag der Befreiung des KZ Auschwitz dem israelischen Staatspräsidenten Simon Peres den Respekt verweigert hat, steigt auf in den Vorstand der Linkspartei. Diese ungute Mischung aus alten Klassenkampfparolen und DDR-Nostalgie sollte alle Deutschen, denen am demokratischen Rechtsstaat noch etwas liegt, endgültig hellhörig werden lassen.

Hans-Peter Schudt

Neujahrsempfang



Am 12. Januar fand der Neujahrsempfang 2010 des Bundespräsidenten Horst Köhler für das öffentliche Leben im Schloß Bellevue statt. Bei seiner Begegnung mit dem Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, Rainer Wagner(r.), versicherte er, daß ihm die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit auch weiter am Herzen liege und er die Arbeit der UOKG für die Opfer des SED-Regimes mit Sympathie begleite.

Erste Einblicke

(st) Wenige Tage nach der Mahnwache der „Zeitzeugeninitiative Leistikowstraße“ (s.S.14) informierte die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten darüber, daß die Gedenkstätte Leistikowstraße in Potsdam nunmehr „erste Einblicke in die Vorbereitung der künftigen Dauerausstellung“ gibt. Im Besucherzentrum wurden erste Ergebnisse der Forschungs- und Sammlungstätigkeit sowie interessante Neuzugänge in wechselnden Präsentationen vorgestellt, die die Geschichte

des Ortes dokumentieren. Ebenso würden persönliche Fotos und Dokumente aus Privatbesitz gezeigt, die Einblicke in die Schicksale ehemaliger Häftlinge geben. Geöffnet hat die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße jeweils sonntags und sonntags von 11 bis 17 Uhr. Führungen durch das ehemalige Untersuchungsgefängnis sind während der Öffnungszeiten jeweils zur vollen Stunde möglich; für Gruppen nach Anmeldung auch mittwochs geöffnet.

Neuer Geschäftsführer

(LR) Die Sächsische Staatsregierung hat am 8. Dezember der Berufung von Siegfried Reiprich zum neuen Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zugestimmt. Reiprich war zuvor stellvertretender Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Sein Stellvertreter wird der bisherige amtierende

Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Klaus-Dieter Müller. Reiprich soll den Bereich SED- und DDR-Geschichte sowie das Thema Staatssicherheit übernehmen. Müller wird verantwortlich für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, der sowjetischen Besatzungszeit, der sowjetischen Speziallager und der SMT-Tribunale.

Dokumentiert

Gesetzesänderung unverzichtbar

„Wir werden das System der Rehabilitation und Entschädigung laufend überprüfen und offenbarem Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitationsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern, Rechnung tragen.“ Diesen Absatz aus dem neuen Koalitionsvertrag nahm die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft zum Anlaß, sich Ende letzten Jahres u.a. an die Ministerpräsidenten der Länder und den (damaligen) Bundesminister für Arbeit und Soziales zu wenden.

Auf der Grundlage der Ergebnisse des UOKG-Kongresses zu haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden im Oktober 2009 erläuterte der Dachverband die vielfältige Problematik sowie die oft unhaltbaren Zustände bei den Anerkennungsverfahren und forderte auf, sich des Themas im Sinne der Betroffenen anzunehmen.

Die Antworten waren nicht befriedigend – grundlegende Änderungen wurden abgelehnt – und bestätigten die Meinung von Experten und Verbänden, daß ausreichende Verbesserungen nur durch Änderung der Gesetze zu erreichen sind. Im folgenden ein Auszug aus dem Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales:

„[...] Die von Ihnen angesprochene Problematik der Anerkennung von haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden bei ehemals politisch Verfolgten in der DDR ist mir bewusst. Auch die Forderung nach Einführung einer Beweislastumkehr halte ich aus Sicht der Opfer nachvollziehbar. [...]

Die Einführung einer Regelvermutung oder Beweislastumkehr ist mit der Systematik des Sozialen Entschädigungsrechts nicht vereinbar und

könnte nur durch eine Abkopplung vom Leistungskatalog des BVG erfolgen.

Meines Erachtens stellen aber auch die nach geltender Rechtslage bestehenden Möglichkeiten der Beweiserleichterung sicher, dass es zu einer Anerkennung aller tatsächlich vorliegenden haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden kommt. So sieht zunächst § 15 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsofferversorgung (KOV-VfG) hinsichtlich der mit der Schädigung in Zusammenhang stehenden Tatsachen eine Beweiserleichterung vor. Für den Nachweis der ansonsten zu beweisenden Fakten reicht hier nämlich bereits die Glaubhaftmachung aus. Darüber hinaus genügt die Annahme, dass eine Gesundheitsstörung Folge einer Schädigung ist, die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs (§ 21 Abs. 5 StrRehaG, § 3 Abs. 5 VwRehaG). Diese ist gegeben, wenn nach der geltenden medizinisch-wissenschaftlichen Lehrmeinung mehr für als gegen einen ursächlichen Zusammenhang spricht.

Darüber hinaus ermöglicht die nach dem BVG geltende Kausalitätsnorm der wesentlichen Bedingung, dass auch altersbedingte bzw. anlagebedingte Leiden Berücksichtigung finden können. Auch die ‚Kannversorgung‘ nach § 3 Abs. 3 Satz 2 BVG wird in gewissem Sinne als Beweiserleichterung verstanden. Bei den Leiden unbekannter Ätiologie, bei denen wegen der insoweit in der medizinischen Wissenschaft bestehenden Ungewissheit der Kausalzusammenhang nicht mit Wahrscheinlichkeit beurteilt werden kann, genügt für die Bejahung des ursächlichen Zusammenhangs eine qualifizierte Möglichkeit. Daher genügt es, wenn der ursächliche Einfluss der im Einzelfall vorliegenden Umstände in den wissenschaftlichen Arbeitshypothesen als theoretisch begründet in Erwägung gezogen wird. Unklarheiten im Sachverhalt schließen hingegen eine ‚Kannversorgung‘ aus. [...] Im Auftrag Wolfram Giese“

Deutungshoheit

Vorsicht bei Erhöhung der Belastungsgrenzen

Wie bereits in Ausgabe 1/2008, S. 3, dargelegt, ist die beitragsrechtliche Behandlung der besonderen Zuwendung für Haftopfer nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (Opferrente) klar geregelt. Das heißt, die Opferrente ist für Pflichtversicherte nicht beitragspflichtig. Festgelegt ist mittlerweile auch, daß die Opferrente bei der Errechnung der Belastungsgrenze bei Zuzahlung für Medikamente nicht in Anrechnung gebracht werden darf, da sie nicht zu den Einnahmen zum Lebensunterhalt zählt. Dazu haben sich die Spitzenverbände der Krankenkassen in einem gemeinsamen Rundschreiben bekannt. Punkt 10 des Rundschreibens lautet: „Geldrenten, Ka-

pitalentschädigungen sowie Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften ... an Opfer politischer Verfolgung oder rechtswidriger Strafverfolgung im Beitrittsgebiet gewährt werden, zählen nicht zu den Einnahmen zum Lebensunterhalt.“

Diesen Grundsatz sollten inzwischen die Krankenkassen verinnerlicht haben. Aber weit gefehlt. Immer wieder erreichen uns zu dieser Problematik Anfragen. Die Betroffenen sind verwundert über die Erhöhung der Belastungsgrenze. Man hat also die Opferrente mit eingerechnet. Es ist auch schon vorgekommen, daß Mitarbeiter nicht dazu in der Lage waren,

den ihnen vorliegenden Bescheid über die Gewährung der Opferrente richtig zu „deuten“. In einem Fall sogar nach einem eingelegten Widerspruch. Der Bearbeiter konnte aus dem Bescheid nicht ersehen, daß es sich um ein Opfer politischer Verfolgung handelte. Offensichtlich war das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, daß in jedem Bescheid genannt wird, einfach nicht bekannt. Wir empfehlen deshalb den Betroffenen, ihre Belastungsgrenzen mit den Vorjahren zu vergleichen und sich an unsere Geschäftsstelle (Tel. 030 – 55 49 63 34) zu wenden, wenn sie sich erhöht haben. Gleiches gilt für diejenigen, die plötzlich zuzahlen sollen, obwohl sie bisher davon befreit waren (sofern sich ihre finanzielle Situation sonst nicht verändert hat).

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Beratungsangebote für Niedersachsen

Soziale Beratung der Diakonie in Goslar
Lindenplan 1
38640 **Goslar**

Ansprechpartnerin: Ulrike von Raison
Tel. (053 21) 39 36 10, Fax (053 21) 39 36 19
Mo u. Mi 9-12 Uhr, Do 15-17 Uhr

Soziale Beratung der Diakonie in Bad Harzburg
Haus der Kirche 7
38667 **Bad Harzburg**
Tel. (053 22) 55 34 05
Di 10.30-12.00 Uhr

Soziale Beratung der Diakonie in Bad Gandersheim
Stiftsfreiheit 14
37581 **Bad Gandersheim**
Ansprechpartnerin: Sabine Stahl
Tel. (053 82) 95 52-0, Fax (053 82) 95 52 18
Termine nur nach Vereinbarung

Soziale Beratung der Diakonie in Seesen
Hinter der Kirche 1b
38723 **Seesen**
Tel. (053 81) 94 29-15
Fr 10.30-12.30 Uhr und nach Vereinbarung

Soziale Beratung der Diakonie in Salzgitter-Lebenstedt
St.-Andreas-Weg 2
38226 **Salzgitter**
Kontakt: Anke Kasten, Sylke Dreetz
Tel. (053 41) 88 88-0, Fax (053 41) 88 88-20
Mo, Do, Fr 9-12 Uhr, Di 16-18 Uhr

Soziale Beratung der Diakonie in Salzgitter-Bad
Rheinstraße 30
38259 **Salzgitter-Bad**

Kontakt: Anke Kasten
Tel. (053 41) 188 67 32, Fax (053 41) 188 67 34
Mo 13-16 Uhr

Allgemeine Sozialberatung der Diakonie in Helmstedt
Wilhelmstraße 33
38350 **Helmstedt**
Tel. (053 51) 53 83-11
Mo bis Do 9-12 Uhr, Do 15-18 Uhr und nach Vereinbarung
Einzelpersonen oder Familien können durch soziale Probleme in scheinbar ausweglose Situationen geraten. Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Not, Krankheit oder Scheidung werfen Fragen auf. Die Sozialberatung ist ein offenes Angebot, das sich an individuellen Fragestellungen orientiert. Die Beratung ist kostenfrei und vertraulich.

Soziale Beratung der Diakonie in Blankenburg
Herzogstraße 16
38889 **Blankenburg**
Tel. (039 44) 36 51 58, Fax (039 44) 35 06 46
Di 9-12 u. 15-20 Uhr, Do 9-12 u. 15-18 Uhr und nach Vereinbarung

„Alltagshilfen“ der Diakonie Wolfenbüttel
Kanzleistraße 2
38300 **Wolfenbüttel**
Ansprechpartnerin Heiderose Fritzsche
Tel. (053 31) 996 99 17
E-Mail: diakonie.wolfenbuettel@diakonie-braunschweig.de
Tägl. 10-12 Uhr
Für ältere Betroffene, die praktische Hilfe für die kleinen Dinge des Alltags benötigen. Es werden

ehrenamtliche Helfer vermittelt, die Unterstützung leisten.

Krisenberatung Braunschweig
Parkstraße 8A
38102 **Braunschweig**
Tel. (05 31) 22 01 10
Fax (05 31) 220 33 44
Beratung in akuten Lebenskrisen, bei Selbstgefährdungsabsichten und Suizidgefahr; es wird kurzfristige psychotherapeutische Krisenintervention im Rahmen von fünf Gesprächen angeboten. Das Krisentelefon ist über einen telefonischen Bereitschaftsdienst auch nachts und an den Wochenenden besetzt.

Beratungsstelle für psychische und soziale Probleme Hannover
Podbielskistraße 158
30177 **Hannover**
Tel. (05 11) 96 29 00

Carola Schulze

Für folgende Bundesländer wurden bereits Beratungsangebote vorgestellt:
Berlin (8/07, S.3), Sachsen (9/07, S.8), Hamburg (1/08, S.12), Mecklenburg-Vorpommern (2/08, S.3), Rheinland-Pfalz (3/08, S.5), Bremen (4/08, S.3), Schleswig-Holstein (5/08, S.4), Saarland (7/08, S.5), Brandenburg Teil I (9/08, S.3), Brandenburg Teil II (1/09, S.3), Thüringen (2/09, S.11), Bayern (3/09, S.4), Sachsen-Anhalt (5/09, S.5), Hessen (6/09, S.4)

Entlassen, doch nicht losgelassen

Wie das sowjetische Speziallager Buchenwald Lebenswege prägte

Die Inbetriebnahme des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 Buchenwald jährt sich 2010 zum 65. und seine Auflösung zum 60. Mal. Politische und wissenschaftliche Veranstaltungen erinnern an diese Ereignisse. Zwei ehemalige Häftlinge, die beide als Jugendliche interniert waren, beschreiben im folgenden, wie die Haft in Buchenwald ihr späteres Leben beeinflusste.

„Dein ganzes Leben Buchchenwald!“

65 Jahre Buchenwald – Eine persönliche Betrachtung

Von Gerhard Finn

Nach einer Prügelzene packte mich der Vernehmer der sowjetischen Geheimpolizei – Dienststelle Jena – am Kragen, drückte mich in eine Ecke des Vernehmungszimmers und weissagte mir: „Du Buchchenwald, dein ganzes Leben Buchchenwald – du kaputt, jobfuschemat!“ Einige Tage später wurde ich zusammen mit zwei Mitschülern und drei Lehrern im Speziallager des NKWD Nr. 2 Buchenwald aus dem Bus gestoßen. Wir Schüler wurden 1948 und 1950 entlassen. Die drei Lehrer kamen dort um.

In diesen Wochen erinnern wir an die Auflösung der letzten der zehn sowjetischen Speziallager auf deutschem Boden vor 60 Jahren. Das Kapitel sowjetischer Verfolgung war damals aber damit nicht abgeschlossen. Das Terrorgeschehen wurde weiter tabuisiert. Die roten „häßlichen Deutschen“ führten den Terror ihrer sowjetischen Genossen weiter. Die Reste der Lager wurden demontiert, die Massengräber zubetoniert, überpflanzt oder mit Müllkippen verdeckt. Bautzen, Waldheim und Hoheneck waren die nunmehrigen Vollstreckungsorte, Mitte 1949 verfügte der DDR-Innenminister sogar, daß die Standesämter keine Todesurkunden für in den Lagern Umgekommene auf Grund von Aussagen ehemaliger Mithäftlinge erstellen dürften. Entsprechende Urkunden des für ganz Deutschland zuständigen Standesamtes Berlin-Charlottenburg (West) durften ab Juli 1950 nicht anerkannt werden. Billige Rache wurde so auch an den Angehörigen der Opfer des Unrechtsstaates geübt, den ja heute politisch Miß-Gebildete nicht so bezeichnet haben wollen.

Nach der ersten Entlassungsaktion 1948 aus den völlig isolierten Lagern gab es für uns im freien Teil Deutschlands viel

zu tun. Errichtung eines Suchdienstes, Schicksalsklärung, Information und materielle Hilfe für die Angehörigen und vor allem weite Information der Öffentlichkeit über den neuen politischen Terror in der sowjetischen Besatzungszone, Spurensicherung. Später dann Gründung einer Häftlingshilfestiftung, Entschädigungsfragen.

Diese Arbeit konnte mit dem Fall der Mauer verstärkt fortgesetzt werden. Kurz danach besuchte ich fast alle Speziallager-Haftorte der DDR, vor allem natürlich Buchenwald. Für uns gab es dabei keine Tabus. Ich sprach z.B. mit dem senilen Gedenkstättenleiter Sachsenhausens und dessen altester Parteisekretärin und legte wohl als erster zusammen mit dem Vorsitzenden des SED-Gemeinderates von Halbe auf dem dortigen Zentral-Friedhof Blumen an den Massengräbern der Opfer des Speziallagers Ketschendorf nieder. Unsere Initiativgruppe Buchenwald versuchte mit den Opferorganisationen der KZ-Zeit Kontakte aufzunehmen und sprach ebenso erfolglos mit dem Vorsitzenden des Dachverbandes, einem ganz üblen Stalinisten aus Hessen. Etliche Schreibmaschinen konnte ich für den Aufbau von Initiativgruppen für die jeweiligen Lager in die noch bestehende DDR lancieren. Es fehlte ja an allem: Schreibpapier, Durchschlag- und Kohlepapier, Umschläge, Porto. Die erste Computerausrüstung für unseren Bereich in Buchenwald, die ich organisieren konnte, wurde noch der uns nicht gut gesonnenen kommunistischen Gedenkstättenleiterin übergeben (ihretwegen mußten wir außen entlang des Gedenkstättenzaunes einen Weg zu den Massengräbern bauen). Wir konnten eben keine Zeit verlieren, um Schicksale zu klären, die Zahlen der Todesopfer abzuschätzen, Dokumente und Berichte zu

sichern, um diesen Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu belegen. Eine nicht geringe Aufgabe war das Bekanntmachen der Initiativgruppen in der Presse, in den neuen politischen Kreisen und Parteien. Für Buchenwald war die erste Ansprechpartnerin – man beachte unsere politische Weitsicht – eine junge, in der Nähe Buchenwalds wohnende Abgeordnete, die heute Ministerpräsidentin ist ...

Zur selben Zeit bauten hessische Aufbauhelfer, Antifaschisten, Entnazifizierungspublizisten, moralisierende Politik-Wissenschaftler und Opfersortierer den Überbau für eine neue demokratische Gedenkstätte Buchenwald. Sie bildeten ein Kuratorium, das uns ehemaligen Häftlingen der Nachkriegszeit politisch ziemlich zu schaffen machte. Ich will nicht noch nachlegen, aber mit einem Zitat die damalige Situation deutlich machen. Als ich als Vorsitzender des Häftlingsbeirates den Abteilungsleiter (Aufbauhelfer aus Hessen) des für Buchenwald zuständigen Thüringischen Wissenschaftsministeriums fragte, welche Qualität der von ihm ernannte nächste Direktor der Gedenkstätte für diesen Posten aufzuweisen hätte (einem Lehrer aus einer hessischen

Das sowjetische Speziallager Nr. 2 Buchenwald

- August 1945 Inbetriebnahme auf dem Gelände des ehemaligen KZs Buchenwald, zunächst als Speziallager für Thüringen; Internierungen ohne Urteil
- Bis Ende 1945 Verhaftungen und Einweisungen vornehmlich auf der Grundlage des NKWD-Befehls Nr. 00315 (u.a. kleine und mittlere Funktionäre der NSDAP, Funktionäre der Jugendorganisationen, Mitarbeiter der deutschen Straforgane, sogenannte aktive Mitglieder der NSDAP, Spione u.ä.), der auch gegen andere Personengruppen, wie Unternehmer und Gutsbesitzer, Anwendung fand
- Ab 1946 hauptsächlich Neuzugänge vermeintlicher Gegner der Besatzungsmacht, z.B. zahlreicher Jugendlicher unter sogenanntem „Werwolf“-Verdacht, der Spionage oder der „antisowjetischen Propaganda“ Verdächtige, politischer Gegner des neuen Systems
- Zwischen 1946 und 1948 hauptsächlich Zugänge über Großtransporte aus aufgelösten Lagern (Landsberg/Warthe, Torgau, Jamlitz,

Kleinstadt), bekam ich zur Antwort: „Er stammt aus einer antifaschistischen Familie.“

Unsere Forderung, auch Kenner des Kommunismus und der politischen Verfolgung in das Kuratorium aufzunehmen, wurde lange nicht erhört. Erst spät assoziierte man zwei Professoren, ohne uns zumindest verwaltungsgerecht vorher zu informieren. Durch Zufall traf ich den einen, mit dem ich schon zusammenarbeitete, kurz vor der ersten Sitzung und konnte ihm im Zug Frankfurt–Weimar einiges über die Situation um die Gedenkstätte erzählen. Der zweite Professor verabschiedete sich nach der Sitzung von mir mit der Bemerkung: „Ehrlich – vor Ihnen habe ich Angst gehabt!“ Ich weiß nicht, wer ihm zuvor etwas über uns böse Buben erzählt hatte. Wir waren eben die *underdogs*, denen man ja auch den von Ministerien, mehreren Gremien und Behörden geprüften und genehmigten Bauplan eines Architektenbüros für das Speziallager-Dokumentenhaus ohne Diskussion nach Gutsherrenart einfach änderte und zusammenstrich. Erst vierzehn Jahre später erklärte ein prominentes Kuratoriumsmitglied, daß man Leid nicht hierarchisieren könne und daß mit dem „Einbuddeln des Baus hinter dem Lager ins Erdreich“ einigen Opfern symbolisch nicht Recht geschehen sei. Auch das hinterließ Narben.

Aber wir machten weiter. Dabei hatten wir das große Glück, in der Gedenkstätte auf einen Wissenschaftler zu treffen, der den Sektor „Buchenwald 2“ sachlich, korrekt und überzeugend aufbaute und mit Hilfe von deutschen und ausländischen Archiven und Institutionen bis hin nach Moskau den Standard für dieses zweisprachige Arbeitsgebiet setzte. Die schwierigen Übersetzungsarbeiten zum großen Teil handgeschriebener sowjetischer Dokumente (für weite Teile der sowjetischen Geheimpolizei und der Lagerverwaltungen waren Schreibmaschinen ein Luxus), waren Grundlagen nicht nur für die Klärung Tausender von Schicksalen, sondern auch für die Erforschung und Beschreibung des Wirkens des sowjetischen Geheimdienstes und seiner Speziallager in der sowjetischen Besatzungszone, was sicherlich auch zur rationaleren politischen Betrachtung in linken Kreisen führte.

Schließlich hatten wir auch einen kompetenten, sachlich-ruhigen Verwaltungsleiter (ebenfalls hessischer Aufbau-Helfer), der zwischen politischen Ansprüchen und Bedingungen und den Realitäten abwägen und sich mit seinen Argumenten auch durchsetzen konnte. Unter den duldsamen Augen der Leitung haben wir in den langen Jahren gut und vertrauensvoll mit diesen beiden Herren (und ihren Mitarbeitern) zusammengearbeitet und im publizistischen und Tagungsbereich beachtliche Aufmerksamkeit gefunden.

In voller moralischer und politischer Verantwortung, mit Respekt und Demut vor dem Schicksal und dem Leiden aller Menschen, die dieses Lager erlebt und erlitten, wurde in Buchenwald eine auch den Relationen des furchtbaren Geschehens gerecht werdende Dokumentation erstellt. Der Leitung und den Mitarbeitern der Gedenkstätte ist zu danken, daß Buchenwald zum Standard für Gedenk- und Forschungsstätten dieser Art geworden ist und keine Gedenkstätte der Ideologen, sondern eine der Opfer.

Ich konnte meinen Frieden schließen. Heute nun, 65 Jahre nach dem Fluch des damaligen Vernehmers, versuche ich als alter Mann zu bewerten, wie weit also „Buchenwald“ und das Wirken für die politischen Opfer und Verfolgten in der DDR meine Gesundheit, mein privates, berufliches und politisches Leben geprägt haben. Der damalige Fluch hat sich „umgekehrt“. Das forderte sehr viel Arbeit, die sich u.a. in den Vorarbeiten für eine zentrale Gedenkstätte, in der Gründung eines Dachverbandes der Initiativgruppen und später eines Internationalen Verbandes wie auch dem Engagement in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widerspiegeln konnte. Ich bin froh darüber...

(Der Autor ist Ehrenvorsitzender der UOKG, Vorstandsmitglied der Initiativgruppe Buchenwald und des Häftlingsbeirates Buchenwald.)

Buchenwald

Mühlberg, Fünfeichen)

- Völlige Isolation von der Außenwelt, extremer Mangel an Nahrung, Hygiene und medizinischer Versorgung; Tbc-Epidemien, bis auf lagerinterne Tätigkeiten keine Beschäftigung, Verbot von Büchern und Schreibmaterial, unbegrenzte Haftzeit
- Insgesamt mehr als 28000 Gefangene (darunter ca. 1000 Frauen); Todesopfer: ca. ein Viertel der Gesamtbelegung (lt. russischer Lagerstatistik), davon über die Hälfte 1947
- Erste Entlassungswelle 1948 (ca. 9000 Internierte)
- Februar 1950 Auflösung des Lagers: 7000 Internierte entlassen, 264 Haftstrafen per „Fernurteil“ mit Verbüßung in der Sowjetunion, 2415 Überstellungen ins Zuchthaus Waldheim mit hohen Haftstrafen durch Schnellurteile („Waldheimer Prozesse“), kein Freispruch, 17 Personen hingerichtet
- Tabuisierung der Geschichte des Speziallagers Buchenwald in der DDR bis zu ihrem Untergang; 1990 Beginn der Aufarbeitung in der Gedenkstätte Buchenwald

Etwas im Leben verpaßt

Jugendliche nach der Entlassung aus Buchenwald

Von Ernst Zander

1948 kamen mit der ersten Entlassungsaktion 597 Jugendliche frei, die überwiegende Mehrheit mußte allerdings bis zur Auflösung des Lagers 1950 in Haft bleiben. Die für die Entlassung verantwortliche Kommission wies auf eine mögliche feindliche Tätigkeit hin. Sie schätzte die Jüngsten als gefährliches Potential ein. Dabei berücksichtigte sie ihre eigenen Erfahrungen in der Sowjetunion, wo die Jugendlichen hinter der Front gegen die deutschen Truppen und ihre Verbündeten als Partisanen eingesetzt worden waren. Mit der Auflösung des Lagers entließ die Besatzungsmacht zwar 1035 Jugendliche, dennoch übergab sie jugendliche Häftlinge auch an die Behörden der DDR. Dort wurden sie – zum Teil im Alter von

14 Jahren verhaftet – in den berüchtigten Waldheimer Prozessen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und kamen erst nach Jahren, wie auch Wehrmachtsangehörige in der Sowjetunion, auf Grund einer Amnestie frei.

Die Zeit nach der Haft gestaltete sich für die Jugendlichen schwierig, egal ob sie aus dem Schweigelager, nach ihrer Deportation in die UdSSR oder aus Gefängnissen der DDR entlassen wurden. Ihnen stand meist eine ungewisse Zukunft bevor. Auf Grund der strengen Isolation des Lagers von der Örtlichkeit gab es nur selten Möglichkeiten, die Angehörigen zu informieren. Verwandte und Freunde konnten auch keine Informationen er-

halten, denn jede Verbleibsnachfrage blieb unbeantwortet. Deshalb begann die Heimkehr vieler Jugendlicher erst einmal mit der Suche nach Angehörigen.

Die Resonanz auf die Entlassungen in der Bevölkerung war unterschiedlich. Unter Verwandten und Freunden herrschte vorwiegend Freude über die Heimkehr der Vermißten. Hingegen reagierten Bekannte und Behörden recht unterschiedlich. Ein Drittel der Jugendlichen kam mit dem Gesellschaftssystem der DDR nicht zurecht und verließ Ostdeutschland.



1950 entlassene Häftlinge des Speziallagers Nr. 2.

Die Eingliederung in Ost- und Westdeutschland war abhängig von den persönlichen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten, die sich boten. Das galt vor allem für die Chance, den eigenen Berufs- und Bildungswunsch zu realisieren. Fast drei Viertel der Jugendlichen hatten bei ihrer Entlassung keine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung. Trotzdem erreichten mehr als 90 Prozent aller heimgekehrten Jugendlichen einen Berufs-, Fach- oder Hochschulabschluß. In Westdeutschland stießen die Entlassenen auf Anteilnahme, die sowohl aus humanitärem Denken, als auch aus einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Kommunismus kam. [...]

Die meisten zurückgekehrten Häftlinge waren in ihrem Berufsleben erfolgreich. Viele waren von dem Gedanken getrieben, etwas in ihrem Leben verpaßt zu haben und dieses nun nachholen zu müssen.

Viele, die die Zeit ihrer Inhaftierung trotz der Widrigkeiten überlebten, waren sehr willensstark. Einige Betroffene gaben an, daß sie als Folge der Lagerhaft eine gestärkte Persönlichkeit entwickelt hätten oder daß sie ein größeres Durchhalte- und Durchsetzungsvermögen zeigen würden. Oft überschatteten die negativen Auswirkungen der Haft die positiven Lebensverläufe nach der Entlassung. Die jahrelange Unter- und Mangelernährung

sowie die Isolation zogen körperliche und geistige Schäden nach sich. Die Genesung brauchte Monate und Jahre. Über die Hälfte der jugendlichen Heimkehrer lebte nach eigenen Angaben mit dauerhaften Schäden. Trotzdem scheinen die Jugendlichen gegenüber den älteren Internierten eine bessere Chance gehabt zu haben, die Haftzeit mit weniger gesundheitlichen Folgeschäden zu überstehen. In Westdeutschland erhielten die Heimgekehrten verschiedene Versorgungshilfen, u.a. nach dem Häftlingshilfegesetz. Nach der Wiedervereinigung galten die Gesetze in ganz Deutschland. Die in der DDR verbliebenen ehemaligen Jugendlichen konnten ihre Ansprüche geltend machen. [...]

Meine eigene Entlassung aus Buchenwald war sehr dramatisch. Auf Grund meiner letzten Tätigkeit in der Kfz-Reparaturwerkstatt gehörte ich zum Restkommando. Mit 14 Jahren hatte ich einen Treckerführerschein, der den Akten beilag. Nachdem einige Leidensgefährten in die Sowjetunion und in die DDR-Strafanstalten abtransportiert waren, wuchs unsere Unsicherheit. Endlich, am 14. Februar 1950, mußten wir zum Tor. Da meine Familie wegen der Bodenreform vertrieben wurde – mein Vater war in einem sowjetischen Lager gestorben – erfuhr ich durch eine Anzeige in der zuletzt verteilten Nationalzeitung, daß meine Mutter und meine Schwester wohl in Wittenberge leben würden. 1947 hatte ich einen Zettel aus dem Transportzug geworfen, und 1948 berichteten Heimkehrer von meiner Haft. So kam ich überglücklich am Valentinstag – wie meine Mutter später immer betonte – zu Hause an. Die DDR-Behörden glaubten mir anfänglich nicht, daß ich aus Buchenwald kam. Nach Rückfragen bei ihrer vorgesetzten Dienststelle behandelten sie mich sehr merkwürdig. Deshalb beschloß ich, nach West-Berlin zu flüchten. Dort wurde ich sehr freundlich in einem Heimkehrer-Erholungsheim aufgenommen.

Zu der Zeit, als der Bezirksbürgermeister von Berlin-Reinickendorf, Adolf Dünnebacke, einmal mit uns diskutieren wollte, arbeiteten die meisten Jugendlichen schwarz bei einer Baufirma. Nach einem Eignungstest stellte er fast alle im Jugendnoteinsatz ein, die dann mit arbeitslosen Jugendlichen in Tegel Bäume pflanzten. Nachdem einer von uns nach Ost-Berlin entführt worden war, flogen wir nach Westdeutschland. Unser Kollege wurde zu sechs Jahren verurteilt, weil er nach West-Berlin geflüchtet war und über Buchenwald gesprochen hatte. Im

Westen fanden wir fast alle Arbeit, z.B. in der Landwirtschaft. Einige holten u.a. in Wilhelmshaven das Abitur nach, wie es auch heute noch im Hansa-Kolleg möglich ist. [...]

Während meiner späteren Tätigkeit als Personalvorstand organisierte ich 1979 für Betriebsräte, Gewerkschafter und Personalleiter eine wohl heilsame Reise in sowjetische Betriebe, die nicht für Touristen freigegeben waren. In Leningrad diskutierten wir u.a. mit General Tulpanow, der als Oberst die sowjetische Politik in der Sowjetischen Besatzungszone vertrat. Er hatte auch Verbote in den Lagern veranlaßt: Nicht über drei Personen durften zusammenstehen und diskutieren, keiner durfte Papier und Schreibwerkzeug haben, Bücherei, Kirche und andere Einrichtungen wurden geschlossen. Jede Baracke wurde besonders eingezäunt. Alles Verschärfungen gegenüber Buchenwald vor 1945. Als ich Tulpanow 1979 nach einer Diskussionsveranstaltung darauf ansprach, antwortete er, daß die Lager und die Berlin-Blockade ein Fehler gewesen seien. Aus dem strengen Politfunktionär, der in Heidelberg studiert hatte, war ein nachdenklicher Professor geworden. [...]

Da ich den schrecklichen Winter 1946/47 im sogenannten Todeslager in Jamlitz verbracht hatte und erst Anfang 1947 nach Buchenwald kam, nahm ich an den späteren Jamlitzer Jahrestreffen teil. Dabei lernte ich auch aus den USA angereiste ungarische Juden kennen, die bis 1945 in Jamlitz eingesperrt waren. Nach unseren Vorträgen fand eine ungewöhnliche Verbrüderung statt, die spätere Briefkontakte auslöste.

Wer gesundheitlich alles überstanden und seine optimistische Grundeinstellung behalten hat, kann auch allen Tiefen etwas Positives abgewinnen. Wir haben erfahren, wie unbedeutend Äußerlichkeiten sein können. Bei den üblichen Läusekontrollen lernten wir selbst die prominentesten Häftlinge nackt kennen. Das offene auf Menschen Zugehen hat sicher meinen Aufstieg zum jungen Personalleiter begünstigt. Das jahrelange Eingesperrtsein führte bei mir zu einer Reiselust, die bis heute anhält und auch meine Angehörigen beeinflußt hat.

(Gekürzte Fassung eines Vortrags auf der Veranstaltung „Ende und Fortführung“ der Gedenkstätte Buchenwald zum 60. Jahrestag der Auflösung des Speziallagers; Prof. Dr. Ernst Zander ist u.a. Herausgeber der Zeitschrift „Personal“ und des Buches „Jugend hinter Stacheldraht ... und danach ...“, Rainer Hampp Verlag, 3. verb. u. erw. Aufl. 2010, 224 S., 19,80 €, im Buchhandel erhältlich)

Volkes Wille

Die Volkskammerwahl 1990

(st)Die Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 war die einzige in der DDR, die jemals frei, geheim und gleich, also nach demokratischen Wahlgrundsätzen durchgeführt wurde. Bei dieser ersten freien Ausübung des Wahlrechts entschied sich die Bevölkerung mit großer Mehrheit gegen den Staat DDR.

Ursprünglich war die Wahl für den 6. Mai 1990 vorgesehen, doch die Dynamik der politischen Ereignisse und der rapide wirtschaftliche Niedergang der DDR machten es notwendig, so schnell wie möglich eine legitime und handlungsfähige Regierung zu bilden. Der neue Wahltermin wurde am 28. Januar beschlossen, und so blieben für die Vorbereitungen nicht einmal mehr sieben Wochen. Während sich im November 1989 ca. 48 Prozent der DDR-Bevölkerung für die Wiedervereinigung ausgesprochen hatten, waren es im Februar 1990 bereits 75 Prozent. Diese Tendenz sollte auch den Wahlkampf bestimmen.

Die 40 Jahre allmächtig herrschende SED hatte sich im Zuge ihres Machtverlustes in SED-PDS und weiter in PDS umbenannt. Doch Organisationsgrad, Disziplin und nicht zuletzt Geld ermöglichten ihr eine effiziente politische Propaganda. Ganz anders die Bürgerbewegungen, die schon vom Ansatz her straffe Organisation und Hierarchie ablehnten, noch nicht lange bestanden und auch nicht über die

entsprechenden Mittel verfügten. Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) schlossen sich zu dem Wahlbündnis „Bündnis 90“ zusammen. Konzeptionell reifer und bessergestellt war die Sozialdemokratische Partei (SDP), die sich im Oktober 1989 in der DDR gegründet hatte. Ihr Spitzenkandidat wurde Ibrahim Böhme (später als IM enttarnt). Die West-SPD unterstützte zeitig ihre Ost-Schwester, Willy Brandt wurde Ehrenvorsitzender und die Umfragewerte gaben zunächst zu großen Hoffnungen Anlaß. Die östliche Entsprechung zur CDU trug zwar den gleichen Namen, war aber als „Blockflötenpartei“ deutlich belastet. Auch der neue Parteivorsitzende Lothar de Maizière hatte noch am 19. November 1989 davon gesprochen, daß er den „Sozialismus für eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens“ halte und die deutsche Wiedervereinigung erst in ferner Zukunft sehe. So entschloß sich Bundeskanzler Kohl erst Anfang Februar 1990, für die Ost-CDU aktiv zu werden. Diese ging dann mit dem Demokratischen Aufbruch und der neugegründeten Deutschen Sozialen Union das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ ein. Die Partner führten den Wahlkampf nun zwar gemeinsam, traten zur Wahl aber mit eigenen Listenplätzen an. Auch die westdeutschen Liberalen begannen erst ab 12. Februar, den ostdeutschen „Bund Freier Demokraten“ zu unterstützen. Möglicherweise hegten sie ähnliche Bedenken wie die CDU, denn den Kern dieser Koalition bildeten Mitglieder der ehemaligen LDPD, ebenfalls Blockpartei unter der Herrschaft der SED.

Am 18. März stellten sich 19 Parteien und fünf Listenvereinigungen zur Wahl. Schon seit Ende 1989 hatte die DDR sich im Gründungsfieber befunden. Politische Vereinigungen wurden eilig zusammengefügt, die heute kaum noch bekannt sind. Das Spektrum der Wahlmöglichkeiten umfaßte auch subseriöse Organi-

sationen wie die Deutsche Biertrinkerpartei und zwei winzige verfeindete Splittergruppen der Trotzlisten.

Wahlentscheidend war wohl letztlich die Erklärung Bundeskanzler Kohls vom 6. Februar, schon bald eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 93 Prozent erhielt die „Allianz für Deutschland“ 48



Spitzenkandidat Ibrahim Böhme wirbt für die SPD. Eine der Bildunterschriften: „Am Dienstag - Helmut Schmidt's Zusage, die künftige Regierung Böhme zu beraten.“

Prozent der Stimmen, die SPD nur 21,9 Prozent. Auf die PDS entfielen 16,4 Prozent, auf die Freien Demokraten 5,3 und auf das bürgerbewegte „Bündnis 90“ ganze 2,9 Prozent. Das klare Bekenntnis zur Wiedervereinigung hatte gesiegt.

Die letzte Volkskammerwahl der DDR beeinflusste entscheidend die künftige Entwicklung ganz Deutschlands und Europas. Häufig wurde (und wird) von Gegnern der schnellen Wiedervereinigung angeführt, die Wahlen seien lediglich „Westimporte“ gewesen. Doch nach Jahrzehnten der drohenden Aufforderung „Wählt die Kandidaten der Nationalen Front!“, andere Kandidaten waren auch gar nicht im Angebot, hatte die DDR-Bevölkerung endlich einmal die Wahl. Und sie wollte die neue Freiheit auf schnellstem Wege garantiert haben, wollte Wohlstand und westliche Lebensverhältnisse – so hat sie entschieden.

Die Lebenslüge Sozialismus

Freiheit und Wohlstand

40 Jahre lang haben wir mit der Lüge leben müssen.

Aber der Sozialismus hat uns betrogen:

Die Sozialisten haben uns gesagt: Der Sozialismus sei gerechter und sozialer als die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik.

Alles Lüge.

Die Sozialisten haben uns gesagt: In der Bundesrepublik herrsche Ausbeutung und Kapitalismus. Alles Lüge!

Denn jetzt sehen wir es mit unseren eigenen Augen:

Die Bundesbürger haben höhere Sozialleistungen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und mehr

Freizeit, eine bessere Umwelt und ein leichteres Leben, kurz: Sie haben mehr Wohlstand für alle.

Und wir? Wir haben genauso hart gearbeitet und trotzdem steht unser Land vor dem Zusammenbruch.

Das verdanken wir 40 Jahren Sozialismus.

Das sind 40 Jahre zuviel.

Wir wollen nicht länger warten. Deshalb wollen wir auch keine neuen sozialistischen Experimente – auch nicht durch die Hintertür von SPD und PDS.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft.

Wir wollen Freiheit und Wohlstand für alle.

Nie wieder Sozialismus!

ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND

DA DSU CDU

Nicht Rechts. Nicht Links.

Geradeaus!

SONDERDRUCK

BÜNDNIS 90
Stimme für Bürger

Ausgesiedelt – lebenslänglich

Völlig unzureichende Wiedergutmachung für Zwangsausgesiedelte

Von Inge Bennewitz

Teil II - Staatlich organisierte Zersetzung

Im April 1990 fragte mich eine junge Journalistin: „Was ist eigentlich so schlimm an einer Zwangsaussiedlung – ein Umzug unter widrigen Bedingungen, aber irgendwann haben sich die Lebensumstände doch wieder normalisiert?“ 1992 traf ich eine Frau, die auf meine Frage, ob sie die Frau Meyer sei, die 1961 aus Boizenburg ausgewiesen worden war, erregt antwortete: „Ja, das bin ich, aber eines kann ich Ihnen sagen – die Flucht aus Ostpreußen war nicht so schlimm wie das.“ Sie war bei Kriegsende geflüchtet und fand sich

von dem, was allein die Akten über beide Aussiedlungsaktionen offenbaren, beeindruckt und meinte: „Das muß die Opfer ja getroffen haben, wie der Knüppel aus dem Sack.“

2. Dauer der Haft – Für die Zwangsausgesiedelten war das rettende Licht am Ende des Tunnels identisch mit dem nicht vorhersehbaren Ende der DDR.

3. Das Verbot, über die Haft öffentlich zu reden – Die Betroffenen haben ihr Schicksal von sich aus verschwiegen. Dafür hatte die SED-Propaganda gesorgt. In der ADN-Meldung vom 17. Juni 1952 wurde deutlich gedroht: „...durch feindliche Elemente [werden] verleumderische Gerüchte in Umlauf gesetzt, wonach aus den Ortschaften, die in dem Fünf-Kilometer-Streifen liegen, eine Massenaussiedlung durchgeführt werden soll...“ Daß die Menschen im Hinterland keine Ahnung von den Aussiedlungen hatten, haben die Opfer gar nicht gewußt und erst verwundet zur Kenntnis genommen, als die SED-Machthaber Ende 1989 zu zahnlosen Tigern geworden waren.

4. Die Sozialisierung – auch sie spielte eine Rolle. Der Kontakt der Opfer ins Grenzgebiet brach ab, im Aufnahmeort entstanden neue nur schwer. Aus einem Dorf bei Bad Doberan wurde dem MfS gemeldet: „Die Einwohner ... distanzieren sich von Familie A. Keiner, außer ... haben bisher die Familie aufgesucht. Unter den Dorfbewohnern ist man der Ansicht, die Familie habe sich etwas zuschulden kommen lassen.“

5. Das richtige Einschätzen der Situation – Viele Zwangsausgesiedelte haben geglaubt, sie könnten am neuen Ort wieder ein normales Leben führen, ein Irrtum. Jahrelang scheiterten sämtliche Aktivitäten, ihre Situation zu verändern. Erst die Öffnung der Archive brachte die Erklärung. 1952 war Weisung ergangen, die Betroffenen „ständig unter Kontrolle“ zu halten. Im Befehl von 1961 steht: In den Kerbblockkarten der Polizei des Aufnahmeortes „sind die Personen ... im Lochfeld 10 flach zu kerben.“ (s. Abb. Teil I) Zu diesen Karten hatten Verbindungsaffi-

ziere des MfS Zugang, die andererseits in den Kaderbüros ein- und ausgingen. Mit einem Nadelstich fielen alle Zwangsausgesiedelten nach unten. Die rätselhafte, jahrelange Reglementierung weiterer Lebensbereiche, die viele zermürbt oder gebrochen hat, war staatlich organisiert.

6. Langjährige Haft wird meist schlechter überstanden, wenn der Inhaftierte objektiv unbegründet inhaftiert wurde – Den Zwangsausgesiedelten war klar, daß ihre Vertreibung keine Rechtsgrundlage hatte. Und so haben sich vielen immer wieder ungewollt schlafräubernde Fragen aufgedrängt, auf die kaum eine befriedigende Antwort gefunden werden konnte. Warum gerade ich, warum auf diese Weise und warum überhaupt? Die Antwort kann nur lauten: „Weil die DDR ein Unrechtsstaat war.“

Warum gerade ich?, fragten sich die Opfer natürlich, denn ihre Häuser wurden anschließend wieder normal bewohnt und ihnen war klar, daß von den ca. 96 Prozent derer, die dableiben konnten, die meisten politisch genauso dachten wie sie. Erst nach 1989 zeigte sich: Vielen waren fast normale Alltagsgewohnheiten wie Westfernsehen oder Westradio, Schimpfen über Polizisten, Westkontakte oder einzelne Äußerungen zum Verhängnis geworden – sie hatten auf subtile Art Sand ins Getriebe der SED-Propaganda gestreut.

Immer wieder stellte sich auch die Frage: Warum auf diese Art und Weise? Beide Aktionen sind mit Waffenandrohung durchgesetzt worden, wer sich widersetzte, kam in Polizeigewahrsam. 1952 kamen in Thüringen sogar Panzer zum Einsatz. Die SED-Machthaber mußten die eigene, illegitim erlangte Macht und zugleich die Ohnmacht der Bevölkerung demonstrieren. Verfassungsrecht wurde durch blanken Terror ersetzt. Die zwangsweise Unterbringung in Hinterlandkreisen erfolgte meist in unvorstellbar elenden Gebäuden, die trotz extremen Wohnungsmangels jahrelang leergestanden oder als Lagerraum gedient hatten. In Sachsen-Anhalt schliefen 1952 noch nach zehn Tagen „einige Familien in



Ehepaar Schönemann mit Sohn 1960, zwangsausgesiedelt 1961 aus Lenzen/Elbe.

am Ende mit schwerem Typhus auf verschimmeltem Stroh in einer Scheune bei Zarrentin wieder – ein Schicksal, das sie mit Millionen anderer teilte. Sechzehn Jahre später ist sie mit der ganzen Familie zwangsausgesiedelt worden.

Gewalttaten hinterlassen bei den Betroffenen oft psychische Schäden. Wie Haftopfer den Freiheitsentzug verkraften, hängt von verschiedenen Einflüssen ab, und man könnte vermuten, daß sich Analogien zu den Zwangsausgesiedelten ergeben. Die folgende Gegenüberstellung soll dabei keinesfalls die schrecklichen Leiden, die besonders die Häftlinge der Nachkriegsjahre erdulden mußten, herabsetzen. Betrachten wir nun sechs von zehn untersuchten Faktoren:

1. Kam die Inhaftierung überraschend oder erwartet? – Ein Staatsanwalt war

Schweineställen auf Stroh“ – das steht in Akten der SED. Am Tage ihrer Aussiedlung haben sich 1952 fünf Menschen das Leben genommen, es gab zahlreiche Selbstmordversuche und spätere Suizide. Für die Aktion „Festigung“ hatten die Genossen daraus Lehren gezogen: „7 – 24^{oo} kein Selbstmord“ (s. Abb.), lautete eine Weisung, deshalb bekam jeder Erwachsene einen „Betreuer“, der ihm sogar bis zur Toilette folgte. Weisungen wie „5-km-Streifen sauber machen“ sollten bei den Helfern jeden Skrupel unterdrücken.

Die diskriminierenden Kategorien der Geheimbefehle waren in den Aufnahmeorten scheinbar bekannt. Viele Opfer berichten, man sei ihnen anfangs mit großer Ablehnung begegnet, später erfuhren sie, daß sie als Huren, Mörder, Räuber und Diebe angekündigt worden waren. Mit solchen und ähnlichen Stigmata sind viele nicht fertig geworden.

Warum überhaupt? – Die Gespräche zweier Männer, die 1952 im Alter von 60 Jahren betroffen waren, versandeten jahrelang bei jedem Treffen immer wieder in zwei Sätzen: „Wilhelm, warum haben sie uns das angetan?“ Und: „Adolf, wenn ich das wüßte.“ Viele der Opfer waren sich darüber im klaren, daß es sich um eine Einschüchterungsmaßnahme handelte, mit der die im Grenzgebiet zurückbleibende Bevölkerung politisch diszipliniert werden sollte. Diesem „Nutzen“ gegenüber standen aber sowohl ein großer Schaden an der Infrastruktur im Grenzgebiet als auch ein enormer Aufwand. Dabei gab es weit weniger aufwendige Einschüchterungsmethoden: Enteignung, Verhaftung, Benachteiligung bei Ausbildung, im Beruf und bei der Wohnraumzuweisung sowie öffentliche Diffamierung.

Die Kenntnis einer Geheimrede Ulbrichts vom 4. Juli 1952 hätte vielleicht manchem Betroffenen eine plausible Erklärung geliefert. Ulbricht betonte in freier Rede mehrmals, daß es sich bei den Aussiedlungen nicht um Strafmaßnahmen handle und sagte: „Selbstverständlich sagen wir ihnen, das sind die Folgen der Unterschrift unter den Generalkriegsvertrag und der Organisation von Banditentum aus dem Westen. Sie leiden darunter. Sollen sie ihre Wut, wie es richtig ist, gegen die Bonner Regierung und die Amerikaner richten, wir sind nicht dafür verantwortlich...“

Geistige Verwirrung des 59jährigen, der die DDR noch weitere 21 Jahre re-

gieren würde? Oder Kampf eines mit viel Bauernschläue gesegneten Tischlers gegen den Vertrag mit gänzlich undiplomatischen Mitteln? Oder was? Fakt ist, daß viele der etwa 2000 Personen, die vor ihrem Abtransport flüchten konnten, den westdeutschen Behörden über das Geschehen berichtet haben, woraus die schon in Teil I erwähnte Dokumentation entstand. Wegen der Fluchtelle und gravierender Probleme auch im westlichen grenznahen Raum mußte sich der Deutsche Bundestag bereits am 18. Juni 1952 mit den Folgen der DDR-Verordnung vom 26. Mai beschäftigen. Im Laufe der hitzigen Debatte erklärte eine CDU-Abgeordnete: „Der letzte Adressat dieser ganzen Maßnahmen, das sind gar nicht die unglückseligen Menschen, die durch sie betroffen sind, sondern das sind wir hier in der Bundesrepublik.“

Ob jung ob alt – viele Opfer haben den plötzlich unverschuldet über sie hereingebrochenen Schicksalsschlag nicht verkraftet und seelischen Schaden genommen. Sie waren beides – Heimatvertriebene und Opfer von Zersetzungsmaßnahmen: Vor zwei Jahren wurden in einer Stu-

qualität und eine bestimmte Haltung dem Leben gegenüber (Kohärenzgefühl) untersucht: Die Probanden weisen eine deutlich schlechtere Lebensqualität und ein niedrigeres Kohärenzgefühl auf als die Normalbevölkerung. Der zweite Teil über Erkrankungen kommt zu dem Ergebnis, daß die Betroffenen deutlich häufiger erkranken als die Allgemeinbevölkerung und annähernd gleich häufig wie politische Häftlinge. Bei 60,8 Prozent liegt mindestens eine psychische Erkrankung vor, und von diesen weisen 53,3 Prozent zwei und mehr auf. Die Forscher schreiben, für die Bewältigung der erfahrenen Repressalien spielten neben ganz individuellen Ressourcen vor allem gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. Gerade die gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung als Opfer seien eine entscheidende Hilfe bei der Bewältigung der erlebten Repressalien: „Aber nicht allein für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt entscheidet der Umgang mit den Opfern politischer Verfolgung mit darüber, wie die Überwindung der deutsch-deutschen Teilung und der SED-Diktatur gelingen kann. So ist nicht allein aus



Handschriftliche Notiz, Aktion „Festigung“: „7 – 24^{oo} kein Selbstmord“. Quelle: BStU

die der Universität Greifswald endlich auch Betroffene nichtstrafrechtlicher Repression untersucht. Beteiligt waren 74 Probanden – Zwangsausgesiedelte und Zersetzungsopfer. Die Forscher listeten 18 Verfolgungsmaßnahmen auf, unter „Andere“, Punkt 18: „Einzug des Vermögens, Zwangsaussiedlung, Verweigerung der Ausreise, Hausdurchsuchungen“. Von den weiteren 17 aufgeführten Maßnahmen treffen bis zu zehn auf fast jeden Zwangsausgesiedelten zu: Diskreditierung des Rufes, Verbreitung von Gerüchten, Verweigerung der Ausbildung, Benachteiligung in der Ausbildung, Benachteiligung im Beruf, Zuweisung anderer Arbeitsplätze, Untergraben des Selbstvertrauens, Vorladung zu Behörden, Beeinflussung durch IM und gefühlte staatlich intendierte Kontrolle (Postkontrolle, Beobachtung durch einen IM im persönlichen Umfeld).

Im ersten Teil der Studie werden zwischenmenschliche Beziehungen, Lebens-

psychiatrischer Sicht zu monieren, dass die aus dem 2. SED-UnBerG von 1994 resultierenden Folgeansprüche für die Betroffenen nichtstrafrechtlicher Repression erhebliche Defizite im Hinblick auf angemessene Entschädigungsleistungen aufweisen.“

Die Zwangsausgesiedelten sind beides: Heimatvertriebene und Zersetzungsopfer. Stephan Hilsberg (SPD) schrieb, aus verfassungsrechtlicher Sicht bestünden keine Einwände gegen eine Opferpension für Zwangsausgesiedelte. Bei ihnen sind die Verfolgungskriterien eindeutig nachweisbar. Doch bei weit mehr als der Hälfte aller Betroffenen hat sich das Problem inzwischen biologisch gelöst.

(Eine Langfassung dieses Beitrages ist erschienen im Deutschland Archiv, Heft 6/2009, und enthält zahlreiche Quellenhinweise.)

Der Unrechtsstaat DDR

Lärm aus der Provinz – Diskussionen in Eisfeld

Eisfeld ist eine Kleinstadt in Thüringen zwischen Hildburghausen und Sonneberg. Hier wurde im 19. Jahrhundert der Dramatiker und Erzähler Otto Ludwig geboren, der 1839/40 mit einem Stipendium des Herzogs von Sachsen-Meiningen bei Felix Mendelssohn-Bartholdy in Leipzig Musik studieren durfte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als hier der Flüchtling und spätere SPD-Politiker Wolfgang Thierse aus Schlesien aufwuchs, der 1998 Bundestagspräsident werden sollte, lag Eisfeld hart an der innerdeutschen Grenze und gehörte seit 1952 zum DDR-Bezirk Suhl. Seit Herbst 2008 liegt die südthüringische Stadt an der Autobahn Erfurt/Nürnberg. Die Bürgermeisterin, die einst Lehrerin im benachbarten Veilsdorf war, heißt Kerstin Heintz und ist Mitglied der Partei Die Linke.

In die negativen Schlagzeilen geraten war das südlich des Rennsteigs gelegene Städtchen Ende letzten Jahres durch die Bürgermeisterin höchstselbst. Sie hatte am Vormittag des 9. November 2009, noch vor der offiziellen Eröffnung der Ausstellung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls im ehemaligen Grenzturm zwischen Eisfeld und dem oberfränkischen Rottenbach am Nachmittag, drei Beiträge entfernen lassen: einen von Bernhard Vogel, dem einstigen Ministerpräsidenten von Thüringen (1992-2003), abgedruckt unter dem Titel „Die DDR war ein Unrechtsstaat“ in der Südthüringer Zeitung vom 18. März 2009, und einen Kommentar im Deutschlandradio Kultur des Meininger Journalisten Hans-Joachim Föllner mit dem Titel „Der Unrechtsstaat als Eignungstest für Politiker“, gesendet am 13. August 2009.

Beide Artikel waren eine Replik auf das Interview, das Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Thüringer Landtag, der Südthüringer Zeitung gegeben hatte und das dort am 28. Februar 2009 unter dem Titel „Die DDR war kein Unrechtsstaat“ erschienen war. Bei dem dritten Artikel, der entfernt worden war, handelte es sich nun nicht um dieses Interview, sondern um einen Text über Bodo Ramelow aus der Berliner Tageszeitung Die Welt vom 16. März 2009.

Das Ziel ihrer überstürzten Aktion, so jedenfalls gab die Bürgermeisterin nach dem Vorfall in öffentlichen Erklärungen

bekannt, wäre gewesen, den Artikel über Bodo Ramelow, ihren Vorgesetzten in der Parteihierarchie, durch das Originalinterview zu ersetzen, wobei unklar blieb, warum sie dann beide Schautafeln mit den drei Artikeln hat abnehmen lassen. Ihr Argument, erst die Gesamtschau der Äußerungen zweier Politiker und eines Journalisten ergäbe ein zutreffendes Bild der Diskussion um den Begriff „Unrechtsstaat



Ehemaliger Grenzturm Eisfeld-Rottenbach, Ort der Ausstellung.

DDR“, überzeugt nicht. Wer die Kommunisten und ihre Winkelzüge kennt, könnte sich auch vorstellen, daß Kerstin Heintz, eingebunden in die Parteidisziplin, im Verein mit ihrem Erfurter Fraktionsvorsitzenden ein abgekartetes Spiel betrieben hat, um eine republikweite Diskussion über die DDR-Vergangenheit zu provozieren.

Die Rüge „wegen unüberlegten und undiplomatischen Verhaltens“, die ihr am 23. November auf einer öffentlichen Stadtratssitzung im Eisfelder Rathaus ausgesprochen wurde, war dann entweder nicht eingeplant gewesen oder sollte billiger in Kauf genommen werden, weil es um höhere Ziele ging. Der Oppositionsblock aus Freien Wählern, CDU und SPD warf der Genossin Kerstin Heintz jedenfalls vor, mit ihrem „Eingriff in die freie Meinungsbildung“ dem „Ansehen der Stadt geschadet“ zu haben, zumal vor Schülergruppen, die die noch nicht eröffnete Ausstellung schon am Vormittag besuchten. Anwesend bei der Stadtratssitzung war auch Museumsleiter Heiko

Hainen (CDU), der die Ausstellung erarbeitet hatte, der aber mit gesenktem Kopf im Publikum saß, weil ihm die Bürgermeisterin als seine Vorgesetzte offensichtlich Redeverbot erteilt hatte.

Die von der Bürgermeisterin für den Abend des 26. November im Eisfelder Schloß angesetzte Podiumsdiskussion zum Thema „Rechtsstaat – Unrechtsstaat DDR“ paßte ins Bild einer mit der Erfurter Parteiführung abgestimmten Aktion. Schon die Auswahl der Teilnehmer im Podium ließ das erkennen: Neben Bodo Ramelow, geboren 1956 in Niedersachsen und ohne jede DDR-Erfahrung, saß dort Tilo Kummer, geboren 1968 in Dessau, seit 1999 Mitglied der Linksfraction im Landtag und zu DDR-Zeiten 1987-90 Unteroffizier im Wachregiment „Feliks Dzierzynski“, das dem Ministerium für Staatssicherheit unterstand und beileibe nicht das war, als was es erscheinen sollte, nämlich ein kleines „Regiment“, sondern eine Bürgerkriegsarmee von 11426 „Klassenkämpfern“. Als dritte Vertreterin der Linkspartei saß dort Kerstin Heintz, die sich in „freundlichem Dauerlächeln“ (Markus Ermert) gefiel und nur antwortete, wenn sie direkt angesprochen wurde.

Auf der Gegenseite waren vertreten Uwe Höhn, SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, Thomas Müller, CDU-Landrat im Kreis Hildburghausen, und schließlich, als Betroffener, Hans-Joachim Föllner aus Meiningen. Unter den Zuschauern befand sich ein „kommunistischer Block“ als „Volkes Stimme“, der sich in unflätigen Zwischenrufen gegen den Landrat erging und dessen Mitglieder, wie anzunehmen ist, von der Bürgermeisterin per Rundschreiben aus den Landkreisen Hildburghausen, Meiningen, Sonneberg herbeizitiert wurden, obwohl sie auf Nachfrage bestritt, irgendwelche Einladungen verschickt zu haben.

Die Diskussion leitete schlecht und recht der idealistisch gesinnte und christlich orientierte Reinhard Hotop, der von den Grünen, da er dort trotz heftiger Anstrengungen nicht aufsteigen konnte, 2008 zu den Sozialdemokraten übergelaufen ist, für die er jetzt im Schleusinger Stadtrat sitzt. Er war seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen, vergaß, die Teilnehmer vorzustellen, und gab, was höchst unüblich ist, die Diskussion sofort für das Publikum frei.

Diese Diskussion freilich, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht, hätte

man sich sparen können. Schließlich ist die Revolution in den Wochen vor dem 9. November 1989 aus genau diesem Grund vollzogen worden. Unter Demokraten herrscht deshalb heute noch immer völlige Übereinstimmung über diese Einschätzung, von den Opfern des SED-Staates ganz zu schweigen. Auch daran konnte man sehen, daß im Eisfelder Schloß eine Veranstaltung der Linkspartei über die politische Bühne ging. Bis vor zehn Jahren noch, so der Landrat, hätte eine solche Diskussion nicht stattfinden können.

Während Bodo Ramelow mit durchdringender Markthallenstimme (er war früher schließlich Verkäufer im Einzelhandel) den Begriff „Unrechtsstaat“ wegzudiskutieren suchte, weil er von der Politikwissenschaft nicht verwendet würde und von Gegnern wie Befürwortern Bekenntnisse

einfordere, nahm ein älterer, im Klassenkampf ergrauter Genosse die Gelegenheit wahr, lange Zitate aus der Parteipresse zu verlesen, ohne daß er unterbrochen worden wäre. Ein ehemaliger SED-Funktionär aus dem „kommunistischen Block“ brüstete sich damit, sowohl die Kreispartei-schule als auch die Bezirksparteischule in Schleusingen besucht zu haben. Was er da wohl gelernt hat, kann man sich denken, beispielsweise den schönen Satz: „Der Sozialismus siegt!“ – Und? Hat er gesiegt?

Es war ein aufwühlender Abend mit viel Geschrei, dem nur eines bitter fehlte: Klarheit im Denken! Selbstverständlich kann man den Begriff „Unrechtsstaat“ definieren. Als Verneinung des Rechtsstaats ist er auf Willkür aufgebaut. Da er keine Gewaltenteilung kennt, sind die Bürger der Staatsmacht wehrlos ausgelie-

fert. Im DDR-Alltag hieß das, daß alle demokratischen Freiheiten, die Bürgertum und Arbeiterklasse im 18./19. Jahrhundert erkämpft hatten, abgeschafft waren. Es gab weder Meinungs- noch Informationsfreiheit, weder Versammlungs- noch Reisefreiheit, man durfte keine Parteien gründen und durfte nicht streiken. Wer das Streikrecht einforderte, wie die Aufständischen des 17. Juni, kam als „Konterrevolutionär“ für Jahre ins Zuchthaus. Fazit: Die DDR glich einem Feudalstaat des 17. Jahrhunderts!

Bis diese Erkenntnis allerdings bei der Linkspartei angekommen ist, dürften noch Jahre vergehen. Die Diskussionen um die Inoffiziellen Mitarbeiter in der Potsdamer Regierungskoalition zeigen, wie wenig lernfähig die alten SED-Kader noch immer sind.

Jörg Bernhard Bilke

„Aufarbeitung als Zukunftsgewinn – keine Einsicht ohne Akten“

Internationales wissenschaftliches Symposium im Thüringer Landtag im Dezember 2009

Vor ca. Zwanzig Jahren wurde in Erfurt die Bezirkszentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) von Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung besetzt. Aus diesem Anlaß fand am 05.12.2009 im Thüringischen Landtag ein wissenschaftliches Symposium mit internationaler Beteiligung statt. Politikwissenschaftler und Historiker beschäftigten sich mit der Frage, welche Rolle die Akten der ehemaligen Geheimpolizei bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen und zur Ahndung der Verbrechen spielten.

Deutschland

Zu Beginn der Tagung wies der Religionssoziologe und DDR-Bürgerrechtler Ehrhart Neubert darauf hin, daß ein wesentliches Motiv bei der Sicherung des MfS-Materials darin bestanden habe, der Öffentlichkeit einen Einblick in die Dimension der politischen Verfolgung zu ermöglichen. Dies war keineswegs eine Selbstverständlichkeit, denn gerade bei westdeutschen Politikern war der Gedanke wenig populär, verfolgten Bürgern den Einblick in ihre persönliche Akte zu gestatten. Indes habe sich längst der damals eingeschlagene Weg als richtig erwiesen. Denn die brutale Wirklichkeit, die sich an Hand des Materials zeige, sei ein geeignetes Mittel, um der Verklärung und der Faszination entgegenzuwirken, welche

der Kommunismus immer noch in Teilen der Gesellschaft besitze, so Neubert.

Polen

Bei der Darstellung der Situation in einzelnen europäischen Ländern wies der in Stettin lehrende Politikwissenschaftler Kazimierz Wóycicki zunächst darauf hin, daß das 1999 in Polen gebildete Institut des nationalen Gedenkens der deutschen Birthler-Behörde sehr ähnele, die auch das direkte Vorbild darstellte. Dennoch sei der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Polen und Deutschland sehr unterschiedlich. Dies sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß im heutigen Polen im Gegensatz zur Bundesrepublik die politische Elite weitestgehend aus den Köpfen der Oppositionsbewegung vor 1989 bestehe. Diese Elite sehe sich aufgrund ihrer gehobenen gesellschaftlichen Position nicht als „Opfer“, da eine solche Bezeichnung eng mit dem Streben nach Privilegien verknüpft sei, die sie jedoch nicht benötige. Auch in der Bevölkerung sei die Meinung verbreitet, daß sich eine Elite nur schwer als Opfer definieren könne.

Die Tatsache, daß in Polen bereits 1989 die ersten demokratischen Wahlen stattfanden, habe zudem dazu geführt, daß das Bestreben, die ehemalige kommuni-

stische Führung juristisch zu verfolgen, vergleichsweise gering gewesen sei, sagte Wóycicki. Dies habe zu einer sehr großen Nachsicht mit den Tätern geführt. Ebenso trage aber auch die starke katholische Prägung der polnischen Bevölkerung dazu bei, daß der Gedanke der nationalen Versöhnung zwischen den unterschiedlichen Akteuren eine breite Unterstützung genieße.

Gleichsam ermöglichte die herausragende Stellung der einstigen Oppositionsbewegung in der polnischen Politik bereits früh, daß sich ihre eigene Erinnerungsgeschichte in der Gesellschaft vergleichsweise problemlos durchsetzte. Konkurrierende kommunistische Geschichtsbilder seien heute bestenfalls an den Rändern wirksam, jedoch weitestgehend einflußlos. Besonders wichtig für die Aufarbeitung des Kommunismus sei es, diesen keineswegs als alleiniges Problem Mittel- und Osteuropas zu betrachten, so Wóycicki weiter. Die eigentliche Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit werde jedoch im Westen eher blockiert und die eigene Schuld nur unzureichend anerkannt. Dabei sei es ein großer Irrtum, von der Annahme auszugehen, daß die westlichen Parteigenossen der Kommunisten und ihre engen Freunde an der Entstehung und Etablierung der Dikta-

turen eine geringere Verantwortung tragen würden als die unmittelbaren Täter im Osten. Schon aus diesem Grund sei es wichtig, die Aufarbeitung der Verbrechen und die Aktenfrage nicht länger nur im nationalen Rahmen zu diskutieren, sondern solche Debatten zur europäischen Norm zu machen.

Lettland

Anders als in Polen stellt sich die Situation in Lettland dar. Hier wurden zahlreiche Akten, so der Rigaer Historiker und Psychologe Kárlis Kangeris, offensichtlich noch zu Beginn der neunziger Jahre nach den Kriterien des KGB aussortiert, vernichtet bzw. nach Moskau überführt. Schon aus diesem Grund sei in der Bevölkerung der Glaube, daß es sich bei dem Erhaltengebliebenen teilweise um Fälschungen handeln könne, sehr stark verbreitet. Auf einer solchen Basis sei es daher nur in wenigen Fällen überhaupt möglich, eine juristische Verfolgung einzuleiten. Zudem erwiesen sich bei den Bemühungen, zumindest einen Teil der Taten unter kommunistischer Herrschaft zu ahnden, bislang auch zahlreiche europäische Instanzen eher als Hemmnis. So stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil von 2008 fest, daß viele Verbrechen, die in der Kriegszeit und unmittelbaren Nachkriegszeit im Baltikum verübt wurden, nur bis 1954 ermittlungsfähig gewesen wären, obwohl eine solche Möglichkeit zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht bestand.

Erfreulich sei in Lettland hingegen die Praxis der gerichtlichen Rehabilitierung

von politischen Unrechtsurteilen aus der kommunistischen Ära, die nicht nur der Wiederherstellung der persönlichen Rechte dienen solle, sondern auch die Grundlage für den Erhalt von sozialen Hilfen der Opfer darstelle. Die meisten Verfolgten erhalten heute Vergünstigungen, zu denen neben der Anrechnung der Haftjahre für die Rentenberechnung auch etwa die kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zählt. Sehr schwierig sei im heutigen Lettland hingegen der Umgang mit den unterschiedlichen historischen Erzählweisen der einheimischen und der russischen Bevölkerung. Für die überwiegende Anzahl der russischen Einwohner stehe im Mittelpunkt ihres Geschichtsbildes der Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg. Dieser militärische Erfolg sei für sie weit wesentlicher als die Eigenständigkeit der baltischen Staaten oder die Orientierung an demokratischen Prinzipien. Umgekehrt bemühe sich Rußland bereits seit mehreren Jahren von staatlicher Seite intensiv um eine umfangreiche Forschung über den lettischen und estnischen Faschismus, so Kangeris. Zahlreiche Publikationen seien bereits erschienen, deren Ziel darin bestehe, die Politik der einstigen Sowjetunion zu rechtfertigen bzw. diese zumindest in einem milderem Licht darzustellen. Des weiteren würde mit Hilfe dieser Arbeiten versucht, gegenüber dem Ausland ein negatives Gesamtbild von den vermeintlich „rechten“ und „reaktionären“ Balten zu vermitteln und zu verbreiten.

Ungarn

Auch in Ungarn bemühte sich die Opposition 1989 wie in Polen in erster Li-

nie um eine friedliche Machtübernahme, erläuterte die Juristin Ágnes Zsidai aus Budapest. Eine juristische Abrechnung mit den Eliten des alten Systems war dagegen nicht geplant. In Wahlen stimmte die Bevölkerung zwar mehrheitlich gegen die Kommunisten, gleichzeitig jedoch auch für eine „Politik der nationalen Aussöhnung“. Dadurch wurde die rechtliche Aufarbeitung der Diktatur deutlich erschwert. Die Regelungen für den Einblick in die Akten des ehemaligen Sicherheitsdienstes konnten hingegen in den letzten Jahren vereinfacht werden. Dies ermöglichte es seit 2003 den Opfern, den Namen derjenigen zu erfahren, die sie bespitzelt haben. Allerdings besteht ein großes Problem in Ungarn darin, daß im Gegensatz zur deutschen Regelung eine Unterscheidung zwischen Mitarbeitern der ungarischen Staatssicherheit, die sich freiwillig dem diktatorischen Regime zur Verfügung stellten, und denjenigen, die zur Aufnahme einer solchen Tätigkeit erpreßt wurden, nicht möglich ist. Diese Gleichsetzung führe wiederum dazu, daß in einer Meinungsumfrage von 2007 nur 15 Prozent der Bürger das Wirken der ehemaligen Mitarbeiter des ungarischen Staatssicherheitsdienstes eindeutig verurteilten. Als ebenso problematisch bezeichnete es Zsidai, daß eine ganze Reihe von Akten nur an „besonders seriöse Wissenschaftler“ herausgegeben werden, die sich bereits durch Veröffentlichungen zur gleichen Thematik ausgezeichnet hätten. Dadurch konzentrierten sich die Forschungen weitestgehend auf wenige Intellektuelle.

Ekkehard Schultz



Peter Seele, Klaus Hofmann, Lothar Scholz, Günter Martins (v.l.) halten Mahnwache mit den Bildern weiterer ehemaliger Häftlinge der Leistikowstraße, die die Haft überlebten.

Zeitzeugen halten Mahnwache

Die ehemals im NKWD/KGB-Gefängnis Potsdam Leistikowstraße Inhaftierten sind empört über die Zustände in dem seit Dezember 2008 von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten verwalteten Gedenkstätten-Komplex. Deshalb gründeten die Überlebenden im Dezember 2009 die „Zeitzeugeninitiative Leistikowstraße“ (1. Sprecher: Bodo Platt, Neuffen). Es ist nicht hinzunehmen, daß unter dem Vorwand wissenschaftlicher Aufarbeitung der Jahre 1945 bis 1993 das Leiden unschuldiger Deutscher zwischen 1945 und 1953 unter unsäglichen Bedingungen in den Kellern der Leistikowstraße 1/2 marginalisiert wird und die ehemalige, gut angenommene Gedenkstätte in ein

Museum verwandelt wird, wo Gedenken offensichtlich eine untergeordnete Rolle spielen soll. So werden die Dokumentationen der Zeitzeugenschicksale sowie andere umfangreiche Initiativen vor der Übernahme durch die Stiftung (z.B. die gelungene Memorial-Ausstellung) mit fadenscheinigen Argumenten ignoriert. Diverse Interventionen bei den Verantwortlichen (Prof. Morsch und Dr. Reich) sind bisher fruchtlos geblieben.

Die Mahnwache am 10. und 12. Dezember hat zwar ein mediales Echo ausgelöst, die Lösung der Probleme steht jedoch noch aus. Seit Ende des vergangenen Jahres liegt der neuen Ministerin für Kultur,

Frau Dr. Münch, ein Schreiben der Initiative vor, in der um ein klärendes Gespräch gebeten wird. Bis zum 9.2.2010 (Redaktionsschluß dieser Ausgabe – d. Red.) ist leider weder eine Antwort des Ministeriums noch eine Reaktion auf Nachfrage per E-Mail bei der Initiative eingegangen.

Die Zeitzeugen werden nicht nachgeben. Das sind sie den vom NKWD ermordeten und den inzwischen verstorbenen Kameraden schuldig.

Dirk Jungnickel

2. Sprecher d. Zeitzeugeninitiative
Leistikowstraße

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Nachwuchsarbeit der UOKG

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ – dieser Satz ist schon oft gesagt und doch nicht entwertet worden. Um die Deutungshoheit der jüngeren deutschen Geschichte gibt es immer wieder Auseinandersetzungen. Eine Möglichkeit zur Aufklärung über die DDR-Diktatur bietet die Wanderausstellung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft „Mauern-Gitter-Stacheldraht“. Vom 16.11. bis 1.12.2009 wurde sie im Sankt-Afra-Gymnasium Meißen gezeigt. Im Beisein der Direktorin Dr. Ulrike Ostermaier und des zuständigen Fachleiters Dr. Donatus Thürnau fand am 17.11. eine Einführungsveranstaltung mit über 200 Teilnehmern statt. Das Interesse der Anwesenden zeigte sich auch während des anschließenden Rundgangs durch die Ausstellung. Viele Fragen zur politischen Verfolgung in der SBZ und DDR wurden gestellt. Diese Aufklärungsarbeit muß intensiviert werden, damit Geschichtsfälscher die Zeit der sozialistisch-kommunistischen Diktatur nicht schönreden können. Zuvor war die Wanderausstellung in der Kirchengemeinde Treuen/Vogtland mit großem Interesse aufgenommen worden. Auch 2010 wird sie wieder an einigen Orten gezeigt. Interessenten wenden sich bitte an Theo Mittrup in der UOKG-Geschäftsstelle, Tel. (030) 55 77 93 51, E-Mail info@uokg.de.

A.O.

Widerstand nicht umsonst

Der Arbeitskreis politischer Häftlinge in der früheren DDR

Vor 20 Jahren kam in Bonn eine kleine Gruppe ehemaliger politischer Häftlinge der früheren DDR überein, sich zu einer demokratischen Vereinigung zusammenzuschließen, ohne die parteipolitische Bindung der Teilnehmer zu berücksichtigen. Die kleine Gruppe wuchs auf über 100 Mitgliedern an. Als erster Tagungsort war Brandenburg gewählt worden. Eine Gedenktafel mit der Inschrift „Den Opfern der stalinistischen Gewaltherrschaft zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung“ wurde im Beisein des Oberbürgermeisters der Stadt Brandenburg enthüllt.

Inzwischen ist der Zusammenhalt trotz fortgeschrittenen Alters der Teilnehmer nicht verlorengegangen. Fünf Jahre, acht oder 12 Jahre des Lebens für Freiheit in Demokratie zu opfern, hat zu einer Gemeinschaft geführt. Alle erinnern sich an das schwere Leid hinter Gittern, an die Hilfescheie am 13. und 31. März 1950, die durch „Hunde-Schulze“ und seine Schläger-Hundertschaft beantwortet wurden.

Unter Beteiligung von Bundes-, Landes-, Kommunalpolitikern und Wirtschaftsvertretern sind 20 Veranstaltungen, davon 17 an Orten in den neuen Bundesländern, durchgeführt worden. Wir sehen es als unsere Pflicht an, über Demokratie und Freiheit zu sprechen in unserer ehemaligen Heimat, an Orten, an denen wir verhaftet worden sind.

Die Teilnehmer der jährlich stattfindenden Veranstaltungen haben das hohe Alter von mehr als 75 Jahren erreicht. Sie sind denen dankbar, die im Jahr 1989 den Mut hatten, auf die Straße zu gehen und zu rufen: „Wir sind das Volk!“ Unser frühzeitiges Eintreten für Demokratie und Freiheit fand einen guten Abschluß. Für den sächsischen Ministerpräsidenten war es eine Selbstverständlichkeit, uns zu dem Festakt „20 Jahre Friedliche Revolution“ am 9. Oktober 2009 nach Leipzig einzuladen. Gern sind wir dieser Einladung gefolgt. Der Bürgerrechtler Werner Schulz brachte es in seiner Ansprache auf einen Nenner: „Es sollte lange dauern und viele Opfer kosten, bis 1989 die gewaltlose Freiheitsrevolution in Erfüllung ging.“ Das Tun der Mitglieder unseres Arbeitskreises in den davorliegenden Jahren war nicht umsonst gewesen.

Während unserer Tagung vom 7. bis 11. Oktober 2009 in Leipzig war der CDU-

Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg zu einer Diskussion in unseren Kreis gekommen. Ihm sind zwei Vorschläge für eine dringende Entscheidung im neugewählten Bundestag mit auf den Weg gegeben worden: 1. Die Opferrente entsprechend der Haftzeit zu staffeln, 2. die Beweislastumkehr bei Rentenansprüchen auf Grund der Haftzeit einzuführen.

Für seine Unterstützung gilt unser besonderer Dank Michael Beleites, dem sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Werner Heinze

Öffentliche Ehrung



Am 12. Dezember 2010 wurde in einer Feierstunde der Potsdamer Zimmerplatz in „Köhlerplatz“ umbenannt und eine Informationstafel angebracht. Der Name soll an den CDU-Politiker und ersten Bürgermeister Potsdams nach 1945, Erwin Köhler, und an seine Frau Charlotte erinnern. Nach Verhaftung und SMT-Urteil war das Ehepaar 1951 in Moskau hingerichtet worden.

Stasi raus!



Bei eisigen Temperaturen, aber guter Laune versammelten sich am 16.12.2009 ehemalige Verfolgte der SED-Diktatur zu einer Demonstration vor dem Brandenburger Landtag, die VOS und UOKG unter dem Motto „Macht den Landtag Stasi-frei“ initiiert hatten. Sogar aus Magdeburg war eine VOS-Gruppe angereist, um den Landtagsabgeordneten mit Plakaten und Trillerpfeifen zur Einsicht zu verhelfen.

Die Vergessenen

Die Tage, in denen Deutschland den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer feierte, sind vorüber. Gewiß gab es dazu zu viele Erinnerungssendungen des Fernsehens. Andererseits war es für die Deutschen wohl notwendig, sie deutlich an ihr Glück im Herbst 1989 zu erinnern. Indes: Nicht wenige Politiker, die heute ihr damaliges Eintreten für die Wiedervereinigung rühmen, redeten 1989 das genaue Gegenteil. Viele Westdeutsche sehen das Verdienst des Mauer-Falls in der Person Helmut Kohls. Tatsächlich aber mißachtete er jahrelang die prophezeienden

Als 1949 eine offene Opposition gegen das SED-System unmöglich wurde, bildeten sich Organisationen, die in der DDR illegal arbeiteten und die Diktatur der roten Gestapo mit Flugblättern angriffen. Auch die Spitzen der bürgerlichen DDR-Parteien, die nach West-Berlin flüchten mußten, hielten lange heimlich den Kontakt zu ihren Anhängern „drüben“ aufrecht. Schätzungen sprechen von 13 000 Menschen, die in jenen Jahren ihre Freiheit, keineswegs selten ihr Leben einsetzten! Vom westdeutschen Bundesnachrichtendienst ist bekannt, daß für ihn

Deutschen Einheit 2009 sprach der saarländische Ministerpräsident viel über die einstige DDR, über den Widerstand verlor er kein einziges Wort. Auch auf dem Staatsakt in Berlin am 9. November war keines dieser Opfer zu sehen. Es gibt bis heute kein ernsthaftes Buch über sie, selbst einen Gedenkstein sucht man immer noch vergebens. Die westdeutschen Sozialdemokraten, die mit ihrer Ost-Politik damals die Einheit längst abgeschrieben hatten, haben bei der Bewältigung der Geschichte ihrer Widerstands-Opfer in der DDR ein großes Problem. Doch auch die bundesdeutsche CDU hat inzwischen den Leidensweg ihrer Mitglieder im Osten verdrängt: Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte Ende Oktober letzten Jahres 1800 Gäste eingeladen, die sich, angeblich, für die Wiedervereinigung und die Freiheit in der DDR eingesetzt hatten. Von den Mitgliedern der einstigen Ostzonen-CDU, die für ihren Widerstand zumeist 15 Jahre Zuchthaus erhielten, bekam niemand eine Einladung. Selbst der Vorsitzende der Exil-CDU, dem Kohl führend die richtige Einschätzung der Politik Gorbatschows verdankte, war ganz offenbar der Einladung nicht wert. Wohl zu Recht schrieb einer der Betroffenen von einer „moralischen Schande“ für die CDU...

Die Deutschen, seit Kaisers Zeiten im strengen Untertanengeist (v)erzogen, sollten stolz sein auf ihre Männer und Frauen, die Widerstand gegen die damals Braune und später rote Diktatur leisteten. Noch lange nach 1945 wurden die Attentäter auf Hitler als „Verräter“ beschimpft – heute hüllt man sich über den illegalen Widerstand in der DDR in fast totales Schweigen. Vielleicht ist das Motiv in der Tatsache zu sehen, daß von all den führenden Politikern nach 1989 niemand die zweite deutsche Diktatur unter Einsatz seines Lebens wirklich bekämpfte.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Wer diese politische Satire-Zeitschrift in der DDR besaß, begab sich bereits in Gefahr. Doch wer die „Tarantel“ in den Osten schleuste und sie verteilte, riskierte höchste Zuchthausstrafen.

Analysen seines Nachrichtendienstes und war bis zuletzt auf die Ereignisse in keiner Weise vorbereitet. In der Ex-DDR glorifizieren sich die Bürgerrechtler als die Wegbereiter der Einheit; Wahrheit ist, daß sie eine menschlichere, aber weiterhin sozialistische DDR anstrebten und ebenfalls nach jenem 9. November 1989 eine Wiedervereinigung ablehnten. Es waren die Menschen jenseits der Berliner Mauer, welche die zweite deutsche Diktatur stürzten!

Kaum erwähnt werden heute die einstigen rund 300 000 politischen Häftlinge in der DDR. Neuerdings erhalten sie eine Monats-Rente von 250 Euro – Voraussetzungen sind allerdings eine Haft von über sechs Monaten sowie Bedürftigkeit. Ein sozialer Gnadentakt, aber keinerlei Anerkennung von Widerstand.

Von 1946 bis 1990 rund 10 000 Männer und Frauen der DDR – viele allerdings nur kurzfristig – Spionage für den Westen betrieben. Knapp 4000 bezahlten dafür mit hohen Zuchthausstrafen, oft auch mit dem Leben. Eine Würdigung all dieser tapferen Menschen, wie es für die Bundesrepublik angemessen wäre, ist bis heute unterblieben. Sie erhielten nicht einmal ein bloßes „Danke“.

Diese – stolze – DDR-Geschichte wird im heutigen Deutschland sowohl in den Medien als gerade auch in der historischen Forschung praktisch verschwiegen: Die Universität Leipzig feierte im Sommer letzten Jahres ihr 600jähriges Bestehen. Einige ihrer Studenten, die in DDR-Zeiten für die Freiheit eintraten, haben überlebt. Wohl sind ihre Namen bekannt, doch sie sind ebenfalls vergessen. Am Tag der

(Dr. jur. Friedrich-Wilhelm Schlomann studierte in Rostock und Leipzig Jura und flüchtete 1950 aus politischen Gründen in die Bundesrepublik. Er war Mitglied des Untersuchungsausschusses Freiheitslicher Juristen und der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit; der Beitrag wurde am 12.11.2009 auch im „Luxemburger Wort“ veröffentlicht.)

Veranstaltungen

1.3. (Mo), 19.00 Uhr:

„Wir sind das Volk!“ Montagsgespräch in der Runden Ecke mit **Erich Loest**; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

4.3. (Do), 19.00 Uhr:

Mittag contra Mielke? Der Konflikt um den DDR-Fahrzeugbau. Ref. Dr. Hans-Christian Herrmann, Sächsisches Staatsarchiv; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz; Ort: Alter Gasmeter, Kleine Biergasse 3, 08056 Zwickau

4.3. (Do), 19.30 Uhr:

Hinterm Horizont allein. Die Bausoldaten der NVA im Visier der Staatssicherheit. Ref. Dr. Stefan Wolter, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Ehemalige U-Haftanstalt des MfS, Neundorfer Straße 10-12, 98527 Suhl

4.3. (Do), 19.30 Uhr:

Kesseltreiben gegen Konsistorialpräsident Grünbaum in Magdeburg. Das MfS und die DDR-Justiz 1957/58. Buchpräsentation u. Gespräch mit Autor Prof. Dr. Harald Schultze; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Stadtbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

8.3. (Mo), 19.00 Uhr:

Politisch verfolgte Frauen in der SBZ und DDR. Podiumsdiskussion mit den Zeitzeuginnen Rosemarie Studera, Margot Jann, Gerda Janson, Irmgard Nitz; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.3. (Di), 19.00 Uhr:

„**Weggesperrt**“. Grit Poppe liest aus ihrem Tatsachenroman, anschließend Gespräch über den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau mit einem Zeitzeugen; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

9.3. (Di), 19.00 Uhr:

Inoffizielle Mitarbeiterinnen der DDR-Staatssicherheit im Bezirk Gera 1989. Buchlesung u. Diskussion mit Regina Karell, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gemeinderaum im Pfarramt der Kirche St. Martini, August-Bebel-Str. 33, 07551 Gera-Zwätzen

9.3. (Di), 19.30 Uhr:

„**Stasi im Ostseeraum**“. Ausstellungseröffnung; Ref. Dr. Volker Höffer u. Frank Bornemann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Phänomena, Norderstr. 157-163, 24939 Flensburg

Gedenken in Bautzen

Am Volkstrauertag 2009 fand auf Initiative des Bautzen-Komitees in der Kapelle auf dem Karnickelberg eine ökumenische Andacht statt. Die Ansprache von Pfarrer Veit Scapan und die Worte von Pfarrer Johannes Probst gingen zu Herzen. Es bedurfte eines guten Einfühlungsvermögens, um allen Opfern gerecht zu werden. Gedacht wurde der Gefallenen zweier Weltkriege, der Opfer von Willkürstaaten und der Opfer in Afghanistan. Für die musikalische Umrahmung der Feierstunde sorgte das Jugendblasorchester Bautzen.

Vertreter des Landratsamtes Bautzen, der Städte Bautzen und Görlitz, der Bundeswehr, der Gedenkstätte Bautzen II, Angehörige der Opfer, die auf dem Karnickelberg begraben liegen, und viele Gäste folgten unserem Aufruf und nahmen anschließend an einer Kranz- und Blumen-niederlegung am Gedenkkreuz teil. Das Bautzen-Komitee dankt allen herzlich, die den Weg in die Kapelle und zu unserem Gräberfeld gefunden haben.

Gudrun Sauer

Bautzen-Treffen 2010

Das diesjährige Treffen des Bautzen-Komitees findet am 5. Mai im Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Str. 7, statt. Um 8.15 Uhr beginnt die Besichtigung der Außenanlagen des „Gelben Elends“. Wer an dem Rundgang teilnehmen möchte, wird gebeten, bis zum 24. April 2010 der Geschäftsstelle des Bautzen-Komitees (Weingangstraße 8A, 02625 Bautzen) folgende Daten zur Weiterleitung an die JVA schriftlich zu melden: Name, Vorname, Geburtsdatum, Straße und Hausnummer, Postleitzahl und Wohnort sowie die Nummer des beim Rundgang mitgeführten Personaldokuments.

Die Veranstaltung im Brauhaus wird um 10.30 Uhr eröffnet und endet 15.30 Uhr. Es wird über die Arbeit des Bautzen-Komitees berichtet, und Dr. Klaus-Dieter Müller, Stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und Leiter der Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte, hält ein Referat über die Aufarbeitung von SMT-Urteilen durch die Stiftung. Um 16.00 Uhr fahren Omnibusse zur Gräberstätte „Karnickelberg“, wo eine ökumenische Andacht mit anschließender Kranzniederlegung stattfinden wird.

Bautzen-Komitee

Plätze frei

In der therapeutischen Malgruppe der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur sind noch einige Plätze frei. Betroffene können sich dort einmal im Monat künstlerisch mit ihrer persönlichen Verfolgungsproblematik auseinandersetzen. Angeleitet wird die Gruppe von dem Kunstmaler Dieter Zander und begleitet von zwei Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle.

Termin: jeder letzte Montag im Monat, 10 bis 13 Uhr

Ort: „Gegenwind“, Bredowstr. 36, 10551 Berlin-Moabit

Kontakt: Tel. (030) 39 87 98-11/-12, Fax -13,

tel. Sprechzeiten Mo, Di, Do 10-12 Uhr

Netzwerk in Niedersachsen

(hh-hb) In Niedersachsen lebende SED- und Stasi-Opfer sowie die niedersächsischen Opferverbände wollen künftig intensiver zusammenarbeiten und haben in Hannover auf Initiative des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Büttner ein Netzwerk gegründet. Bei der Gründungsversammlung im niedersächsischen Innenministerium einigten sich die Vertreter von VOS, VPVDK, „Stasiopfer-Selbsthilfe“ und „Ehrenamtliche Hilfe für SED-Opfer“ darauf, künftig verstärkt gemeinsam die Interessen der Kommunistus-Opfer wahrzunehmen.

Im Mittelpunkt stehen Hilfen bei der Rehabilitation und der Opferrente. Da die Traumatisierung vieler Opfer bis heute anhält, soll die häufig auftretende Schwellenangst gegenüber Behörden durch die vermittelnde Hilfe von Leidensgefährten gesenkt werden. Darüber hinaus will das neue Netzwerk in Gesprächen mit Politikern von Land und Bund versuchen, gezielte Verbesserungen bei den SED-Rehabilitierungsgesetzen durchzusetzen. Die Verbände der DDR-Opfer sehen dabei in der niedersächsischen Landesregierung einen besonderen Verbündeten. Als einziges westdeutsches Bundesland unterhält Niedersachsen eine Beratungsstelle für DDR-Opfer im Ministerium für Inneres, Sport und Integration.

Ansprechpartner für SED- und Stasi-Opfer bei Rehabilitierungsproblemen: Peter Reihs, Tel. (05 11) 215 93 01; Harry Hinz, Tel. (053 74) 67 15 63; Heide Stein, Tel. (053 74) 67 15 63; Brunhild Grabow, Tel. (054 59) 80 56 05, www.sed-opfer-hilfe.de; Klaus-Dieter Rößler, Tel. (050 33) 91 18 20; per Post Hartmut Büttner, Leine-str. 6c, 30827 Garbsen, E-Mail mail@hartmut-buettner.info

Veranstaltung in Sachsenhausen

Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Schließung des Speziallagers Sachsenhausen lädt die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 zu einer Veranstaltung unter Schirmherrschaft des Brandenburger Ministerpräsidenten und mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung ein. Die brandenburgische Kulturministerin Dr. Martina Münch und die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, werden zu den Teilnehmern sprechen, namhafte Historiker halten Vorträge. Anschließend Gedenkveranstaltung an den Massengräbern.

Termin: Sonnabend, **27. März 2010**, ab 10.00 Uhr
Ort: Bürgerzentrum Oranienburg, Albert-Buchmann-Str. 17, 16515 Oranienburg

Victoria Heydecke

Umzug

(rl)Die VOS-Bundesgeschäftsstelle und die VOS-Landesgeschäftsstelle Berlin-Brandenburg sind umgezogen an den: Hardenbergplatz 2, Zoobogen 6. Etage, 10623 Berlin. Telefon-, Fax- und E-Mail-Anschlüsse bleiben unverändert, Internet-Adresse: www.vos-ev.de. – Die zentrale Lage der neuen Büros in der Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten ermöglicht auch eine bessere Erreichbarkeit.

„Solange ich mich regen kann ...

(fg-st)... werde ich mich zu Wort melden gegen vergangenes Unrecht, gegenwärtiges und zukunftssträchtiges. Ich frage nicht, ob ich damit die Welt verändern kann. Ich grabe am Ort, reiße aus, pflanze, warne, ermutige. Milliarden Geschehnisse täglich weltweit – wenn ich nur eins oder zwei davon beeinflussen kann, habe ich mein Tagwerk getan.“ Dies war das Credo der Schriftstellerin Elisabeth Graul, die am 19. Dezember 2009 im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Von 1951 bis 1962 war sie wegen Mitgliedschaft in einer jugendlichen Widerstandsgruppe im berüchtigten Frauenzuchthaus Hoheneck inhaftiert.

Auch Rolf Oppermann, der ebenfalls im Dezember 2009 verstorben ist, hat nach dieser Maxime gelebt. In den 50er Jahren konnte er sich durch Flucht einer dro-

henden Inhaftierung entziehen. In seinem westdeutschen Exil publizierte er über die Haft in sowjetischen Speziallagern, und nach der Grenzöffnung kehrte er bald in seine Heimatstadt Wernigerode zurück, wo er sich u.a. intensiv für die Aufstellung eines Gedenksteins am Bahnhofsvorplatz in Wernigerode einsetzte.

Nicht nur der VOS-Landesgruppe Sachsen-Anhalt, deren Mitglieder die beiden Verstorbenen waren, werden sie in dankbarer Erinnerung bleiben.

Tag der Begegnung in Buchenwald

(gb)Aus Anlaß der Einrichtung des Speziallagers Buchenwald vor 65 Jahren im August 1945, des 60. Jahrestages seiner Auflösung im Januar/Februar 1950 und des Beginns der Aufarbeitung der Lagergeschichte in der Gedenkstätte Buchenwald vor 20 Jahren findet am **5. Juni 2010** ein Tag der Begegnung statt. Dieser Tag wird von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, der Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V. und dem Häftlingsbeirat für das ehemalige sowjetische Speziallager gemeinsam ausgerichtet.

10 Uhr – Gedenkstätte Buchenwald
Gedenkveranstaltung der Initiativgruppe Lager Buchenwald 1945-1950 e.V. auf dem Appellplatz des ehemaligen Lagers mit anschließendem ökumenischen Gottesdienst auf dem Trauerplatz vor dem Ausstellungsgebäude. Zu dieser Veranstaltung sind alle Interessenten eingeladen.

13 Uhr – Leonardo Hotel Weimar (ehem. Hilton)

Empfang der Thüringischen Landesregierung und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora für ehemalige Insassen des Speziallagers Buchenwald. An dieser Veranstaltung können alle ehemaligen Häftlinge des Speziallagers mit jeweils einer Begleitperson teilnehmen. Jedoch ist eine durch die Gedenkstätte Buchenwald bestätigte Voranmeldung erforderlich, damit die Teilnehmerzahl geplant werden kann.

Schriftliche Anmeldung bis spätestens 31. März 2010 bei der: Gedenkstätte Buchenwald, Kustos Speziallager, 99427 Weimar-Buchenwald, E-Mail britscher@buchenwald.de

Veranstaltungen

10.3. (Mi) – 12.3. (Fr):

„**Der Weg zur Deutschen Einheit – Mythen und Legenden**“. Konferenz d. Deutschen Gesellschaft, d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.d. LStU Berlin; Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung bis 3. März über die Deutsche Gesellschaft, Voßstr. 22, 10117 Berlin, Tel. (030) 88 41 21 41, E-Mail dg@deutsche-gesellschaft-ev.de

12.3. (fr), 19.00 Uhr:

Hotel der Spione. Das „Stasi-Hotel Neptun“ in Warnemünde. Filmvorführung u. Gespräch mit Friederike Pohlmann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Kino Lätücht, Große Krauthöfer Str. 16, 17033 Neubrandenburg

16.3. (Di), 19.00 Uhr:

Der Beitritt – die letzten sechs Monate der DDR. Filmvorführung und Podiumsdiskussion. Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

18.3. (Do):

„**Leipzig liest**“ - Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig im Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig; 14.00 Uhr: „Manfred ‚Ibrahim‘ Böhme – Ein rekonstruierter Lebenslauf“ v. Christiane Baumann, Buchvorstellung; 18.00 Uhr: „Die Stasi und der Westen: Der Kurras-Komplex“ v. Sven Felix Kellerhoff, Buchpremiere; 19.00 Uhr: „Einspruch! Das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit im Spiegel von gegensätzlichen Überlieferungen“ v. Ludwig Große, Buchpremiere; 20.00 Uhr: „Genug der Forschung?“ Podiumsdiskussion mit Andreas Apelt, Ilko-Sascha Kowalczyk (angefr.), Wolfgang Schuller, Michael Richter, Jens Schöne

18.3. (Do), 19.00 Uhr:

Ethische Fragen im Umgang mit Stasi-Akten. Ref. Christoph Kleemann, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle/S. u.a.; Ort: Universitäts- und Landesbibliothek Halle, August-Bebel-Str. 13, 06108 Halle

19.3. (Fr):

„**Leipzig liest**“ – Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig im Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig; 16.30 Uhr: „Der Himmel fiel aus allen Wolken“ Lesung und Konzert mit Stephan Krawczyk; 18.30 Uhr: „Wortmacht und Machtwort – Der politische Loest“ v. Regine Möbius, Buchvorstellung u. Lesung; 19.00 Uhr: „Die eisige Naht“ v. Achim Walther, Buchvorstellung u. Lesung

20.3. (Sa):

„**Leipzig liest**“ – Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig im Museum in

der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig; 14.00 Uhr: „Die DDR im Blick der Stasi 1976 – Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ v. Siegfried Suckut, Buchvorstellung; 15.30 Uhr: „Der Osten im Westen: Blicke ‚von Drüben‘ auf die DDR“, Premiere des neuen Heftes von „Horch&Guck“, anschließend Diskussion mit Bernd Eisenfeld, Michael Kubina u. Peter Grimm; 18.00 Uhr: „Wer erschoss Benno Ohnesorg? Der Fall Kurras und die Stasi“ v. Armin Fuhrer, Buchvorstellung; 19.00 Uhr: „Als ‚Eva‘ Informantin war“ v. Helmut Frauendorfer u. Richard Wagner, Lesung u. Diskussion; 20.00 Uhr: „Res sacre in den neuen Bundesländern“ v. Helmut Goerlich u. Torsten Schmidt, Buchvorstellung u. Podiumsdiskussion über (kirchen-)rechtliche Aspekte der Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968; 21.00 Uhr: „Das Leben einer Akte – Chronologie einer Bespitzelung durch die Securitate“ v. Johann Lippert, Lesung u. Diskussion

21.3. (So):

„Leipzig liest“ - Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig im Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig; 11.00 Uhr: „Auferstanden aus Ruinen“ v. Harald Hauswald u. Jutta Voigt, Matinée, Lesung u. Fotoausstellung

23.3. (Di), 19.00 Uhr:

„Verraten. Sechs Freunde, ein Spitzel, mein Land und ein Traum.“ Inga Wolf-ram präsentiert ihre Dokumentation; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

24.3. (Mi), 19.30 Uhr:

„Die kroatischen Emigrantenorganisationen und die Westalliierten 1945-1948“; Autor: Bernd Robioneck, Historiker; Veranstaltung des OEZB-Verlages, Ort: Bizetstr. 41, 13088 Berlin-Weißensee

25.3. (Do), 19.00 Uhr:

„Honecker kommt in den Himmel...“ Politischer Witz und Staatsmacht in der DDR. Ref. Christoph Kleemann, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz; Ort: Außenstelle Chemnitz, Jagdschänkenstr. 52, 09117 Chemnitz

31.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Vom Umgang mit den Akten. Das Problem der Vernichtung der Unterlagen der Staatssicherheit. Vortrag v. Dr. Klaus Bästlein, LStU Berlin, Diskussion u.a. mit Michael Beleites, LStU Sachsen, Martin Gutzeit, LStU Berlin Reinhard Schult, Bürgerkomitee 15. Januar, Eckhart Werthebach, ehem. Präsident d. Bundesamtes f. Verfassungsschutz; Veranstaltung d. LStU Berlin, d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Str. 36, 10178 Berlin

Herzlichen Glückwunsch für Hartwig Bernitt!

Für seine großen Verdienste wurde Dr. Dr. h.c. Hartwig Bernitt, Ehrenvorsitzender des Verbandes Ehemaliger Rostocker Studenten VERS, von Bundespräsident Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Wegen seiner Teilnahme am studentischen Widerstand an der Universität Rostock 1951 verhaftet, wurde Hartwig Bernitt zu 25 Jahren verurteilt und nach Workuta deportiert.

Seit 1957 setzte er sich mit großem persönlichen Einsatz für die Klärung der Schicksale der durch die sowjetischen Militärtribunale verurteilten Rostocker Studenten und die Aufarbeitung der Geschichte der Schulen und Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR ein, würdigte der Bundespräsident die Leistung Hartwig Bernitts.

Suchanzeige

Andreas Steglich saß 1988 bis 1989 im Zuchthaus Cottbus (§§ 99, 219). Er sucht seinen Vater Christian Steglich (geb. 24.6.1942), der 1973/74 ebenfalls in Cottbus als politischer Häftling inhaftiert war. 1974 wurde er freigekauft und lebte kurz in Selzen bei Mainz. Anschließend war er in Darmstadt gemeldet und verschwand dann entweder in die USA oder ging zur Fremdenlegion.

Wer kann über Christian Steglich Auskunft geben? Informationen an den Sohn Andreas Steglich per E-Mail noumea66@web.de oder schriftlich an die Redaktion der stacheldraht, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Herzlichen Dank!

In Ausgabe 8/2009 veröffentlichte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft einen Spendenaufruf zur finanziellen Unterstützung des Dachverbandes, dem viele Leser folgten. Auch wenn sie aus Platzgründen hier nicht namentlich aufgeführt werden können, bedankt sich die UOKG bei allen sehr herzlich!

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar und Februar Geburtstag haben

Ernst Helmut Ebert am 3. Januar, Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jutta Jäzoch am 14. Januar, Helmut Stieler am 15. Januar, Wolf-Otto Walter am 16. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Günter Koch am 22. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Lothar Nöther am 31. Januar, Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch, Otto Milke, Fritz Schulz am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Heinz Grünhagen am 14. Februar, Heinz Apel, Viktor Gorynia am 18. Februar, Heinz-Dieter Schweikert am 19. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Dr. Helmut Schneider am 24. Februar, Fritz Giese am 25. Februar, Uwe Gerlach, Martina Jacobi am 27. Februar, Hans Schwenke, Hans-Peter Walter am 28. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich
die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Albrecht Bleil, Walter u. Erna Böttcher, Asnath Boggasch, Karl-Heinz Chilla, Hans Corbat, Fritz Esenwein, Werner u. Erika Frosch, Gerd Gebert, Kurt u. Erika Große, Horst Kerkow, Helga Kiwitt, Gerhard Knorr, Frank Kühnast, Reinhard u. Gertraud Lehmann, Rolf u. Dagmar Leonhard, Horst u. Gisela Lisk, Ruth u. Leo Lüpckemeier, Heinz Martini, Manfred Mauer, Chris Milcke, Heinz u. Irmgard Nietsch, Dr. Bernd Palm, Wolfgang Pitzschke, Dr. Heinrich Polthier, Günter Radtke, Willi Ritter, Hans Rucke, Dr. Walter Schoebe, Gerd Schulle, Dietrich u. Ruth Schulz, Gotthilf Sternberg, Dr. Horst Wenzel, Lydia Wiebeck, Karl Zschörnig

BSV Berlin, Spenden und Beitragskonto 7194 209 200, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00. Absenderangabe nicht vergessen! Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

**Besonders danken wir allen, die für
den STACHELDRAHT gespendet haben**

Isolde Adler, Günter Antrack, Prof. Dr. Hans-
Günter Aurich, Rolf Aurich, Lieselotte Bache,
Detlef Bauer, Eliza Baum, Maria Behrendt,
Jakob u. Elsa Bittermann, Rosel Blasczyk,
Dr. Jost Brehmer, Rudolf u. Ruth Butters,
Roland Dohms, Ella Dräger, Prof. Dr. Dr. A.
Ebel, Dr. Manuela Eickenroth, Kurt Eifler,
Felicitas Elster, Martha Enigk, Heike Fege-
ler, Peter G.M. Feige, Horst Fichter, Eckhard
Fichtmüller, Peter Frenz, Hannelore Fritsch,
Hans-Dieter Fritsch, Gottfried Fröhlich, John
u. Susann Gerstner, Kurt u. Erika Große, Horst
u. Gisela Großmann, Klaus Grunert, Dr. Kurt
Hauschild, Wolfgang Heilmann, Ilse Helldrich,
Horst Hennig, Werner Henning, Klaus u. Bir-
git Hentschel, Benno v. Heynitz, Wolfgang
Hirth, Gert Hoppe, Erich Horn, Hans-Joachim
u. Ilse Höse, Siegfried Jentsch, Gerhard Jost,
Horst Jungsbluth, Heiner Kausch, Wolfgang
u. Marliese Kersten, Claus Klappert, Otto
Klingbiel, Steven Knudsen, Johannes Köhler,
Sophie-Ursula Köppen, Margarete-Elfriede
Krause, Stefan Krikowski, Michael Kunath,
Franz Kurzidim, Horst Lange, Ilse Laskow-
ski, Else u. Johannes Liebsch, Dr. Anneliese
Liening, Norbert u. Edeltraud Lipski, Ilsemarie
Lorenz, Rudolf Meister, Harry Mergner, Kurt
Meyer, Chris Milcke, Renate Moczigemba,
Dr. Ulrich Möllmann, Werner Morgenstern,
Jens Müller, Günter u. Gisela Müller-Hellwig,
Jürgen Nevermann, Dr. Jens Nielsen, Ulrich
u. Roswitha Opperskalski, Egon Ostrowski u.
Elisabeth Höll, Lothar u. Irmgard Otter, Heiko
Peters, Heinrich u. Ilse Petri, Volker u. Ulrike
Pilz, Wolfgang Pitzschke, Georg u. Charlotte
Pötschke, Detlev Putzar, Marieliese Radt-
ke, Lisbeth Rentsch, Ingrid Roch, Wolfgang
Rullik, Hans-Joachim u. Elvira Schade, Hans-
Herman Schleiff, Rainer u. Sigrid Schmiedel,
Siegbert Schmolke, Dr. Walter Schöbe, Karl u.
Irmgard Schober, Lothar Scholz, Karl u. Bar-
bara Schröder, Gerd Schulle, Dr. Wolfgang
Schuller, Dietrich u. Ruth Schulz, Elisabeth
Schuster, Gerd Sommerlatte, Karl Sorge,
Günter Stark, Herbert u. Chri. Stephan, Mi-
chael Striß, Martin u. Käthe Taatz, Michael
Teltz, Michael Teupel, Gerda Thier, Bodo Uf-
lackner, Magda Unger, Wolfgang Völzke, Dr.
Jürgen Weiland, Dr. Volker Wendland, Jürgen
Kurt Wenzel, Peter Willnow, Marianne Woite,
Eckhard u. Christel Wolfermann, Reinhard
Wolff, H. Wüstemann, Horst u. Ingrid Ziesche

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein,
Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00,
Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Sta-
cheldraht-Spende“

**Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.
(BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:
Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00
Konto-Nr. 7194 209 200
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1,
10365 Berlin, Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

**Union der Opferverbände Kommunisti-
scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändekoordination: Carola Schulze,
Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Geschäftsführer: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Anschrift: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342 728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem
BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Februar 2010

